Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Februarhälfte 900.— Mk. Einzelverkaufspr. 70.— Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 200.— Mark, auswärtige 250.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Mk., für Reklamen 800.— Mk.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 34. Freitag, 9. Februar 1923. 30. Jahrgang.

Der Kampf um die Kohle.

SPD. Essen, 8. Februar.

Das Oberkommando der französischen Invasionsarmee hat mehrfach gegenüber deutschen behördlichen Stellen die Versicherung abgegeben, daß nicht daran gedacht sei, die Bevölkerung des Ruhrgebiets durch Hunger zur Arbeit zu zwingen. Niemals haben wir diesen Versicherungen ernsthaft Glauben geschenkt. Die Nachwehen des Krieges, insbesondere die moralischen Folgen der Hungerblockade, schrecken Frankreich zu sehr, als daß es direkt auf eine Aushungerung hinarbeitet. Aber die indirekten Folgen seiner Maßnahmen laufen auf nichts anderes hinaus, als auf die Vorenthaltung der Lebensmittel für die deutsche Bevölkerung. Nachdem man glücklich in vier Wochen die militärische Abschnürung vollendet und die Kohlensperre so gut als möglich durchgeführt hat, aber trotzdem kein Geld, keine Kohle erhielt, geht die französische Regierung jetzt dazu über, sämtliche Zufahrtstraßen nach dem Innern Deutschlands in das besetzte Gebiet aus angeblich militärischen Gründen dadurch für den deutschen Verkehr lahmzulegen, daß die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten aus ihren Stellungen mit Gewalt entfernt werden.

Der Personenverkehr liegt bereits, bis auf einzelne, weniger wichtige Strecken, restlos brach. Der Güterverkehr mußte infolge der neuen französischen Maßnahmen ebenfalls in seinem wesentlichen Teile eingeschränkt werden, und jetzt geht Herr Degoutte im Auftrage von Paris dazu über, auch alle übrigen Leerwaggons, die sich im neubesetzten Gebiet befinden, zu beschlagnahmen. Kommt die fast restlose Einstellung des Güterverkehrs nicht einer Aushungerung gleich? Gewiß, vorläufig bleibt uns die Möglichkeit, Lebensmittel durch Auto-Kolonnen heranzuschaffen. Aber auch hier wird der französische Militarismus bald Mittel und Wege finden, auch diesen Verkehr zu unterbinden, um dann mit französischem Weißbrot und der „Rheinwährung" trotz der ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten eine hungernde Bevölkerung zu locken.

Schon heute ist ein ungeheures Heer von Agenten bei der Arbeit, hierfür die notwendige Vorarbeit zu leisten. Die Reichsregierung hat allen Anlaß, die Entwicklung mit offenen Augen zu verfolgen. Leere Zusicherungen, daß die Lebensmittelversorgung sichergestellt werden soll, helfen der Ruhrbevölkerung nicht. Das Kabinett muß außer einer tatkräftigen sofortigen Versorgung für längere Zeit schon jetzt den Aushungerungsbestrebungen dadurch Widerstand zu leisten versuchen, daß es die Welt auf jenes frivole Spiel Frankreichs gegen deutsche Säuglinge, Mütter und Greise mit dem notwendigen diplomatischen Geschick aufmerksam macht.

Schließlich greift Herr Poincare nicht ohne Grund zu der Taktik der Hungerblockade. Der Auswärtige Ausschuß der französischen Kammer hat am Dienstag auf Antrag von Tardieu und Briand einstimmig beschlossen, den französischen Ministerpräsidenten aufzufordern, in möglichst kurzer Frist vor dem Ausschuß zu erscheinen, um die zur Ausübung seines Mandats erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Wäre man mit Herrn Poincare zufrieden, dann würde dieser Beschluß sicherlich nicht gefaßt worden sein. Der französische Ministerpräsident wird von Mißerfolgen begleitet! Im Ruhrgebiet kein Erfolg, in der Orientfrage Fehlschläge, alles Dinge, die eine Mißstimmung gegen ihn hervorgerufen haben und die sich jetzt in dem Beschluß des Auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer offenbaren.

Die Mißstimmung gegen das Haupt der französischen Kammer macht sich langsam auch in einem Teil der französischen Presse geltend. Herr Tardieu arbeitet eifrig für seine eigene Zukunft und scheut hierbei nicht davor zurück, Poincare der Planlosigkeit, der Unsicherheit und ergleichen mehr zu beschuldigen. Was bleibt dem französischen Ministerpräsidenten unter diesen Umständen schließlich übrig? Bisher hat er den Kampf im Ruhrgebiet auf Kosten Frankreichs geführt. Von allen Versprechungen, die er an den Einmarsch französischer Militärs in das Ruhrgebiet geknüpft hat, ist das Gegenteil wahr geworden. Er kämpft deshalb im Augenblick einen Verzweiflungskampf, für den ihm jedes Mittel gut genug ist.

Die deutsche Arbeiterschaft wird der indirekten Aushungerungstaktik Poincares ruhig und gelassen entgegensehen. Schon einmal haben Völker jenes Mittel gegen das imperialistische Deutschland angewendet, dessen sich Poincare jetzt durch seine Maßnahmen indirekt gegen die wehrlose deutsche Republik zu bedienen versucht. Damals lebten wir im Kriege, heute soll angeblich Frieden sein. — Lebt noch Kultur im Ausland, und dessen sind wir gewiß, dann muß die vorauszusehende neue Machenschaft Poincares im Ruhrgebiet an dem Widerstand der Welt scheitern.

Wanne besetzt und wieder geräumt.

Wanne, 9. Februar.

Nachdem die Franzosen den Bahnhof besetzt hatten, richtete Amtsmann Weiberg hiergegen einen Protest an den französischen Kommandanten. Er wies darauf hin, daß Wanne ein bedeutender Knotenpunkt sei, die Lebensmittelzufuhr durch die Besetzung gefährdet werde und die auf dem Bahnhof stehenden großen Lebensmittelmengen dem Verderben preisgegeben sein würden. Der Amtsmann ersuchte um die sofortige Räumung des Bahnhofes. Daraufhin wurde gestern gegen 6 Uhr abends der Bahnhof von den Franzosen geräumt.

Weitere Orte um Offenburg besetzt.

Freiburg, 8. Februar.

Französische Kavallerie hat in den Orten Schutterwald und Legelshurst Quartier genommen. Schutterwald liegt südwestlich von Offenburg, Legelshurst nordwestlich von Appenweier. Es hat sich noch nicht feststellen lassen, ob diese Besetzung nur eine vorübergehende oder eine dauernde ist. Mit der Besetzung von Schutterwald und Legelshurst würden die Franzosen über den bisher besetzten Bezirk hinaus gegangen sein.

In Appenweier sollte ein italienischer Kohlenzug nach Straßburg umgeleitet werden; das Personal verweigerte die Beihilfe.

Der Bahnverkehr im Ruhrgebiet.

SPD. Essen, 8. Februar.

Im Bezirk Essen ist die Rücklaufssperre aufgehoben worden. Die Verladesperre soll aufgehoben werden. Heute vormittag fuhren die ersten Kohlenzüge über Bochum, Gutberg nach Aachen-West, die Züge sind mit französischem Personal gefahren. Es handelt sich um zwei mittlere Züge. Bei der heute morgen erfolgten Besetzung des Bahnhofes Wanne haben sich Schreckens-Szenen abgespielt. Wie jetzt bekannt wird, ist der Zugführer des D.-Zuges 227 von einem französischen Soldaten mit einem Kolben auf den Kopf geschlagen worden. Der Zugführer ist gestorben. Die Reisenden eines von Langendreer kommenden Personenzuges wurden von den Franzosen mit gefälltem Bajonett von den Bahnsteigen vertrieben. Viele Reisende mußten ihr Gepäck im Zuge lassen.

Der Postbetrieb im Ruhrrevier leidet noch weiterhin stark unter den unsachgemäßen Eingriffen der Franzosen. In Bommern ist eine französische Funkenstation errichtet worden. In Duisburg-Meiderich ist das Telegraphenamt nach Entfernung der deutschen Beamten von den Franzosen besetzt worden.

*

Essen, 8. Februar.

Die Verkehrslage im neubesetzten Gebiet hat sich weiter verschlechtert. Durch die Besetzung der Bahnhöfe Wanne-Unterbrück und Herne sowie von zwei Blockstellen ist der ganze Verkehr des Ruhrgebietes stark beeinträchtigt. Insbesondere steht auch die Linie Köln-Minden für den Verkehr nicht mehr zur Verfügung. Es ist anzunehmen, daß die Franzosen versuchen werden, die militarisierte Nordlinie mit der Südlinie zu verbinden.

Bei der Besetzung des Bahnhofes Wanne haben sich eine Reihe von Zwischenfällen ereignet. Auf den Stationen Brackel und Aplerbeck ist von den Franzosen die Sperre über die gesamte Ein- und Ausfuhr durchgeführt. Nach Mitteilungen der Reichseisenbahndirektion sind nach Italien und der Schweiz bisher keine Kohlenzüge zugelassen, während nach Holland jetzt täglich 6 Züge zur Absendung gelangen.

Zwischenfälle und Unruhen.

Essen, 8. Februar.

Aus Recklinghausen kommen Meldungen von schweren Unruhen. Da der Telephonverkehr zwischen Essen und Recklinghausen unterbrochen ist, muß man sich auf die von französischer Stelle aus ausgegebenen Meldungen verlassen. Sicherlich ist seit gestern nachmittag, als die Schließung der Geschäfte angeordnet wurde, das Publikum in großer Erregung geraten, weil es unmöglich war, Lebensmittel einzukaufen. Heute sind die Franzosen mit gefälltem Bajonett vorgegangen, um die Ansammlungen zu zerstreuen. Es wurden Massenverhaftungen vorgenommen. — Auch in Essen ist es heute vormittag zu Zwischenfällen gekommen. Die Stimmung des Publikums wird immer erregter und namentlich der weibliche Teil der Bevölkerung gerät durch die stündlich wachsenden Lebensmittelpreise in begreifliche Aufregung. — Die Franzosen haben in der Nacht Propagandaplakate ankleben lassen, die von der deutschen Bevölkerung heute früh abgerissen wurden. Ein Kommando, das von zwei Offizieren geführt wurde und etwa 20 Mann stark war, und das durch die Straßen gesandt wurde, um die Attentäter festzunehmen, die sich an den Plakaten vergriffen, nahm u. a. auch sechs junge Leute fest, die auf der Wache aufs schwerste mißhandelt worden sind.

Kavallerie meutert.

Essen, 8. Februar.

Die Besatzungstruppe von Datteln erbat, da die Arbeiter, Beamten und Geschäftsleute eine Protestbewegung begonnen hätten, Hilfe von Waltrop. Von dort wurde eine Schwadron nach Datteln abkommandiert. Beim Antreten zum Abmarsch weigerten sich aber sämtliche Mannschaften, dem Abmarschbefehl Folge zu leisten, da sie nicht gegen Zivilisten vorgehen würden. Die Schwadron mußte wieder absitzen und in ihre Quartiere ziehen.

Dollar 31500.

Die Türkei rüstet.

London, 8. Februar.

Reuter meldet aus Konstantinopel: Die türkische Presse veröffentlichte gestern morgen ein Communique des Militär-Kommandanten, in dem alle Offiziere der aktiven und der Reserve-Armee aufgefordert werden, sich den Rekrutierungsbureaus zu stellen.

*

Paris, 8. Februar.

Aus London wird gemeldet:

Die englische und französische Regierung haben sich am gestrigen Nachmittag über die Antwort, die der Angora-Regierung auf ihre Forderung nach Zurückziehung der Kriegsschiffe aus Smyrna zu geben sei, geeinigt und beschlossen, den Türken mit einer energischen Note zu antworten und die Angora-Regierung davon zu verständigen, daß die englischen und französischen Kriegsschiffe in Smyrna Befehl erhalten haben, falls sie angegriffen würden, sich zu verteidigen. Wie Reuter dazu erfährt, hatte die türkische Regierung die Frist zur Abberufung der Kriegsschiffe verkürzt, indem als letzter Zeitpunkt zum Verlassen der Schiffe noch der gestrige Abend bestimmt wurde. Die alliierten Oberkommissare und Admirale haben dem kemalistischen Vertreter in Konstantinopel eine energische Note überreicht, in der sie die Angora-Regierung für alle feindlichen Aktionen, die aus der Forderung Angoras entstehen könnten, verantwortlich machen. Die vor Smyrna vor Anker liegenden Schiffe sind der Franzose „Ernest Renan" und das englische Kriegsschiff „Kalipso". Nach Mitteilungen von unterrichteter Seite sei die Einfahrt in den Hafen von Smyrna schon seit Abschluß des Waffenstillstandes mit Minen gesperrt und die einzige Fahrrinne befindet sich in unmittelbarer Nähe einer Küstenbatterie. Nach einem Telegramm aus Konstantinopel hat der französische Konsul in Smyrna die Erlaubnis verlangt, die französische Kolonie an Bord des Schiffes „Pierre Loti", das sich augenblicklich in der Bucht von Smyrna befindet, einschiffen zu dürfen. Wahrscheinlich wird jedoch die von der englischen und französischen Regierung getroffene energische Entscheidung diese Vorsichtsmaßregeln überflüssig machen.

An die Gewerkschaftsmitglieder!

SPD. Der Vorstand des ADGB. übermittelt uns folgenden

Aufruf:

Der Einmarsch der französisch-belgischen Truppen ins Ruhrgebiet wurde von der ganzen deutschen Bevölkerung mit Entrüstung aufgenommen. Keinerlei Meinungsstreit besteht, daß dieser ungeheuerliche Angriff auf die Existenz der deutschen Wirtschaft, mit der das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft unlösbar verbunden ist, nicht widerstandslos hingenommen werden kann. In heroischer Weise kämpft die ganze Bevölkerung des besetzten Gebietes mit der einzig möglichen Waffe des passiven Widerstandes und der Arbeitsverweigerung gegen die brutale Gewalt des bis an die Zähne bewaffneten Militärs. Dieser Kampf hat bereits erhebliche Opfer gefordert und wird in den nächsten Wochen und Monaten in seiner Auswirkung auf das ganze deutsche Reichsgebiet Anforderungen in ungeheurem Ausmaß stellen.

Aufgabe der Volksgesamtheit ist es, die Durchführung dieses Abwehrkampfes zu ermöglichen, den Opfern hilfreich beizustehen und dafür zu sorgen, daß die erwachsende Notlage mit allen Kräften eingedämmt wird.

Die Arbeiterschaft darf und wird nicht abseits stehen. In dieser Voraussetzung hat der Bundesausschuß am 24. Januar den Beschluß gefaßt, **alle vollbeschäftigten Arbeiter zur Hergabe eines Stundenverdienstes aufzurufen** und — nachdem feststeht, daß die gesamten Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft den vierfachen Betrag der von der Arbeiterschaft aufgebrachten Summe leisten wollen — auch der Bildung eines gemeinsamen Unterstützungsfonds zugestimmt.

Dieser Beschluß sichert uns nicht nur die Kontrolle über die gesamten eingehenden Gelder, sondern auch die volle Mitwirkung bei der Verteilung des Fonds. Er enthebt uns auch der Mühe, einen besonderen Apparat zur Einziehung und Verwendung der Beträge aufzuziehen. Wer für die Hilfeleistung selbst ist, muß folgerichtig auch für ihre weiteste Ausdehnung und Beschleunigung sein. Wir ersuchen die Gewerkschaftsmitglieder deshalb, alle Kräfte anzuspannen und im Sinne des bereits veröffentlichten Aufrufes für die Durchführung des Hilfswerkes in allen Betrieben zu sorgen.

Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Theodor Leipart.

Gegen Phantasiegerüchte.

Die Tagung unseres Parteiausschusses und die Konferenz der Parteiredakteure nehmen gewisse bürgerliche Journalisten, die in der Regel das Gras wachsen und die Flöhe husten hören, zum Anlaß der Verbreitung von Phantasien. So soll z. B. die Entschließung des Parteiausschusses nur deshalb einstimmig angenommen worden sein, weil die „Opposition" vor der Abstimmung der Sitzung verließ. Am andern Morgen sollen schon um 6 Uhr Partei- und Gewerkschaftsführer telegraphisch und telephonisch aus den Betten zu einer dringenden Besprechung gerufen worden sein, um — ja, um die Einheit der Partei zu retten. Von all dem ist natürlich nicht ein Wort wahr. Von einer Opposition war weder in der Sitzung des Parteiausschusses, noch in der Konferenz der Redakteure irgend etwas zu merken. Kritik wurde selbstverständlich hier und da geübt; es wäre schlimm, wenn es anders gewesen wäre. Festgestellt sei deshalb nochmals, daß in allen grundsätzlichen und taktischen Fragen auf beiden Tagungen vollständige Einmütigkeit herrschte.

Arbeiterjugend-Internationale.

Das Einigungskomitee der **Arbeiterjugend-Internationale** übermittelt uns einen Aufruf „An die sozialistischen Arbeiterjugend-Organisationen aller Länder!", in dem es u. a. heißt:

Die zunehmende Verelendung der arbeitenden Jugend, die **verstärkten Angriffe der Reaktion** und die **ständig wachsende Kriegs**gefahr drängen zu einer noch engeren Zusammenfassung aller Kräfte der proletarischen Jugendbewegung. Die sozialistischen Jugendorganisationen wären jederzeit bereit, eine allumfassende internationale Einigung zu unterstützen, jedoch macht die Einstellung der Kommunistischen Jugendinternationale gegenwärtig noch eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den Jungkommunisten unmöglich. Unter diesen Umständen sieht sich das Einigungskomitee gezwungen, dem Beispiel der sozialistischen Arbeiterparteien und der deutschen sozialistischen Jugendorganisationen folgend, für den 23. Mai 1923 und die folgenden Tage einen **Internationalen sozialistischen Jugendkongreß nach Hamburg** einzuberufen. Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterjugend.
2. Die kulturellen Aufgaben der sozialistischen Jugendorganisationen.
3. Die proletarische Erziehung der Arbeiterjugend.
4. Die proletarische Jugend und der Kampf gegen den Krieg.
5. Die Schaffung einer sozialistischen Jugendinternationale.
6. Anträge und Verschiedenes.

Zugelassen werden alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Jugendorganisationen, die sich die Aufgabe stellen, die proletarische Jugend im Geist der sozialistischen Weltanschauung zu Kämpfern für die sozialistischen Ideale zu erziehen, die ferner die wirtschaftliche Besserstellung der proletarischen Jugend in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale erstreben und die außerdem in der Frage der Bekämpfung des Krieges mit den Beschlüssen des Haager Weltfriedenskongresses einverstanden sind.

Die Anmeldungen zur Teilnahme sind unter Angabe der voraussichtlichen Zahl der Delegierten bis spätestens 20. März an Erich Ollenhauer, Berlin SW., Lindenstraße 3, oder an Karl Heinz, Wien V, Rechte Wienzeile 97, zu richten. Jeder Verband hat das Recht, bis zu 10 000 Mitgliedern zwei Delegierte und für je weitere 10 000 Mitglieder einen weiteren Delegierten zu entsenden.

---

720 Millionen dänisches Hilfsgeld.

Nach einer Meldung des „Apenrader Tageblatt" haben die dänischen Arbeiterorganisationen für die gegen den französischen Vernichtungswillen kämpfenden Arbeiter des Ruhrgebiets 100 000 Kronen zur Verfügung gestellt.

Auf den Appell des Deutschen Roten Kreuzes hin hat das Schwedische Rote Kreuz beschlossen, 12 000 Kronen, rund 120 Millionen Mark, für die Notleidenden im Ruhrgebiet zu überweisen.

Deutschböhmisches Hilfswerk für deutsche Kinder.

Die Deutschen der Tschechoslowakei haben ein großzügiges Hilfswerk eingeleitet. Unterernährte und erholungsbedürftige Kinder Deutschlands sollen für längere Zeit als Gäste deutscher Familien in Böhmen aufgenommen werden. Bei der städtischen Erholungsfürsorge in Dresden sind bereits Hunderte von Stellen aus den Kreisen Reichenberg, Gablonz und Komotau gemeldet. Die Stadt Gablonz hat ein Angebot gemacht, nach dem allein dort 300 Kinder Aufnahme finden sollen. Jedem Kinde sollen 30—40 Kronen zur Sachbeschaffung gewährt werden.

Ist so etwas möglich?

Nationalistische „Kinder".

SPD. Stettin, 8. Februar.

Hier traf am Mittwoch in einem Sonderzug, bestehend aus 14 Personenwagen und einem Gepäckwagen, ein Trupp Abenteurer in Stärke von 385 Mann ein, der von Schwerin aus in Marsch gesetzt war. Sie waren militärisch organisiert, kompagnieweise eingeteilt, die Führer waren bewaffnet. Der Beförderungsschein, der in Hamburg (U.-M.) ausgestellt war, lautete auf „450 Kinder über zehn Jahre. [illegible]" Die Verwaltung der Reichsbahn hielt es nicht für nötig, den Behörden von der Ankunft dieses Transports Mitteilung zu machen. [illegible] wurde das Polizeipräsidium benachrichtigt. [illegible] nahm die Abenteurer in Empfang. Der Zug wurde von mehreren Kriminalbeamten durchsucht. Es stellte sich heraus, daß es sich um eine Abteilung der berüchtigten Nationalsozialisten handelte. Die Führer wurden auf dem Polizeipräsidium vernommen und gaben an, daß der Trupp nach Ostpreußen unterwegs sei, um angeblich von dort aus eine kriegerische Bewegung gegen Frankreich einzuleiten. 300 000 Mark [illegible] [illegible]

Deutschvölkische Franzosenknechte.

[illegible] als französischer Spion [illegible] im Solde der englischen Gesandtschaft [illegible] kam er nach Danzig, wo er lange [illegible]

man. Jetzt wurde ihm der Boden in Danzig zu heiß, er zog nach Berlin und landete endlich bei Hitler, wo „das reinste und edelste Deutschtum" gezüchtet wird.

Ein anderer nationalsozialistischer Führertyp aus dem Lager Hitlers wurde dieser Tage in München wegen widernatürlicher Unzucht zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Auch hier handelt es sich um einen Sturmtruppführer, einen gewissen Franz Kirchtaler, der sich nicht schämte, die Notlage eines obdachlosen jungen Menschen schamlos auszunutzen. In der Verhandlung wurde übrigens festgestellt, daß Kirchtaler, der früher der Eisernen Division der Brigade Ehrhardt als Vizefeldwebel angehört hatte, im letzten Jahre schon wegen Diebstahls bestraft worden ist.

Teurung und Wucher.

Berlin, 8. Februar.

Im **Haushaltsausschuß** des Reichstags wurde am Donnerstag die Debatte über die Lage im besetzten Gebiet fortgesetzt. Der Reichsernährungsminister Dr. Luther teilte mit, daß die **Lebensmittelzufuhr** nach dem besetzten Gebiet am Mittwoch noch ungestört vor sich ging. Für den Fall, daß Störungen eintreten sollten, sei Vorsorge getroffen worden, daß die Lebensmittel durch Lastkraftwagen ins besetzte Gebiet gelangen. Die Fürsorge der Regierung erstrecke sich nicht nur auf das Einbruchsgebiet, sondern auf das gesamte besetzte Gebiet. Die organisatorischen Maßnahmen für die Sicherung der Lebensmittelversorgung der besetzten Gebiete hätten bisher den Erfolg, daß Mehl und Brotgetreide bis zum 15. März vorhanden seien. Die Kartoffelzufuhr werde erheblich verstärkt. Ueber die Fettversorgung werde zunächst mit Margarinefabriken ein Uebereinkommen getroffen, sodaß in mengenmäßig unbeschränkter Weise Margarine auf Abruf in das besetzte Gebiet ständig eingeführt werden kann. Ueber die Versorgung mit Schmalz und Fett seien noch Verhandlungen im Gange. Es stehe in Aussicht, daß demnächst Abkommen über die Belieferung der besetzten Gebiete mit holländischer Milch zum Abschluß gelangen. Durch besondere Verbilligungsaktionen solle dafür gesorgt werden, daß diese Milch nicht teurer wird als inländische Frischmilch. Auch für die erforderlichen Fleischmengen seien besondere Versorgungsmaßnahmen in Erwägung gezogen.

Staatssekretär **Hamm** sprach über die

Bekämpfung des Wuchers und der Preistreiberei.

Er versicherte, daß die Reichsregierung entschlossen sei, hier alles zu tun, was Erfolg verspreche, aber sie wolle sich von einer Politik der Geste freihalten. Die Teurung sei zum größten Teil der preismäßige Ausdruck des Marksturzes und nicht zu vermeiden, wenn anders nicht die Produktionskraft auch volkswirtschaftlich notwendiger Betriebe durch die Aufzehrung der Bestände erlahmen solle. Die Teurung sei nicht zu verwechseln mit den zahlreichen, unser Volk aufs tiefste empörenden Fällen unberechtigter Preistreibereien und Bewucherung, gegen die kein Mittel zu scharf sei. Aufgabe des Reiches sei es, hierzu die gesetzlichen Mittel in die Hand zu geben, von denen die Länder rücksichtslos Gebrauch machen müssen. Hamm kündigte an, daß das Reichsernährungsministerium für die Zulassung zum Handel mit Lebens- und Futtermittel das Erfordernis des volkswirtschaftlichen Bedarfs aufstellen und daß man eine Ueberprüfung sämtlicher bisher erteilten Erlaubnisse in Erwägung ziehen müsse. Die Bestimmungen über Wucherbekämpfung, Preistreiberei usw. sollen sofort einheitlich zusammengefaßt werden. Der Teurung sei aber nur von der Währungsseite beizukommen. Solange der Währungsverfall andaure, sei eine gewisse Berücksichtigung der Geldentwertung bei der Feststellung des angemessenen Preises schlechterdings nicht zu entbehren.

Reichswirtschaftsminister Dr. **Becker** betonte, daß die Bekämpfung des Wuchers von Polizei, Gerichten und vor allem von der Bevölkerung geführt werden müsse. Der Wirtschaftskrieg, der jetzt geführt werde, bedeute eine schwere Nervenprobe, die nur bestanden werden könne, wenn die Bevölkerung der besetzten Gebiete die Ueberzeugung gewinne, daß alles, was möglich sei, geschehe, um ihre Not zu lindern.

Genosse **Müller-Franken**: Wir stehen in dem Kampf mit Frankreich erst in den Anfangsschwierigkeiten. Will man die Stimmung aufrechterhalten, dann müssen die Massen den Eindruck haben, daß für sie alles geschieht. Wir wünschen, daß die Regierung ihre Worte durch **Taten** unterstützt. Der Gesetzentwurf über die Anprangerung der Wucherer ist im Reichstage monatelang verschleppt worden. **Das wichtigste ist, daß der Zustand beseitigt wird, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger in gutem Geld sofort ihre Steuerlasten tragen, während die Besitzenden sich durch die Geldentwertung fast aller Lasten entledigen.** Bei dem Notgesetz wird dieses Steuerunrecht beseitigt werden müssen. Es muß auch alles geschehen, um die **deutsche Währung zu stützen**. Wir sind jetzt in den schlimmsten Zeiten, sodaß auch das letzte Hilfsmittel zur Stützung der Währung angewendet werden muß. Manchen Kreisen ist es gleichgültig, wie der Dollar steht. In anderen Ländern sind Maßnahmen gegen die Devisen-Spekulation erfolgreich durchgeführt worden. Zur Wucherbekämpfung werden wir ebenfalls beim Notgesetz Anträge stellen. Wir brauchen auch die Zentralisation zur Lebensmittelversorgung des Ruhrgebiets, sonst gibt es hemmungslose Preissteigerungen. Die täglichen, ja stündlichen Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln sind unberechtigt und unerhört. Die Steigerung der Preise für die inländischen Erzeugnisse mit der Margarine darf nicht geduldet werden.

Auch gegen die Preispolitik der Kartelle und Syndikate muß eingeschritten werden.

Wenn die Preise sich nach den Indexzahlen richten dürfen, dann verlangen wir dasselbe für den Lohn. Eine normale Marktlage haben wir nirgends. Ihre Erwähnung in dem Rundschreiben der Reichsregierung war deshalb gefährlich. Wie lange soll dieser Wirtschaftskrieg dauern? Um den Widerstand aufrechtzuerhalten, sind außerordentliche Mittel nötig. Ohne sie wird der Zusammenbruch herbeigeführt.

Die Redner der bürgerlichen Parteien erkannten an, daß eine energische Bekämpfung des Wuchers notwendig ist.

Reichsminister des Innern, **Oeser**, teilte mit, daß in der Zeit vom 15. bis 31. Januar von Frankreich und Belgien folgende Mengen beschlagnahmt und über die Grenze gebracht wurden: **22 000 Tonnen Kohle und 17 600 Tonnen Koks.** Seit dem 1. Februar wurden noch 850 Tonnen beschlagnahmt, sodaß seit der Wirkung des Lieferungsverbots rund 40 000 Tonnen nach Frankreich und Belgien gingen. Hätten die beiden Staaten von der Besetzung abgesehen, dann hätten sie täglich 45 000 Tonnen, in 20 Tagen also 900 000 Tonnen bezogen. **Infolge der Besetzung gingen ihnen also bisher 860 000 Tonnen verloren.** Der Minister gab dann noch die von der Regierung vorgesehenen Fürsorgemaßnahmen für die Flüchtlinge bekannt.

Genosse **Sollmann**: In vielen Polizeiverwaltungen fehlt es an Kräften, die die Wuchergesetzgebung durchführen können. Der Schmuggel an den Grenzen hat sich in den letzten Wochen verstärkt; es wäre notwendig, wieder fliegende Kolonnen zur Bekämpfung des Schmuggels einzurichten. Wie steht es mit der Unterstützung für diejenigen, die durch den Ruhreinfall und die Verkehrsstreiks arbeitslos werden? Mit der Arbeitslosenunterstützung dürften diese Schichten nicht abgespeist werden. Der Abg. Helfferich hat mit Recht erklärt, daß bei einem Sieg des französischen Imperialismus die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse wachsen wird. Er und seine Freunde könnten viel zum Durchhalten in der Abwehr gegen Frankreich tun, wenn sie durch die Tat zeigten, daß wirklich die deutsche Wirtschaft und die deutsche Sozialpolitik der französischen überlegen sein wollen. Dahin würde ich rechnen ein Bekenntnis der führenden Industriellen, daß am Achtstundentag unter keinen Umständen gerüttelt werden soll und daß endlich die besitzenden Schichten wirklich steuerliche Opfer bringen werden. Solche Taten müssen aber rasch geschehen, wenn sie wirken sollen. Reichsregierung und Parteien müssen ferner darüber wachen, daß nicht hinter dem Rücken der kämpfenden Massen und zu deren Schaden Vereinbarungen zwischen der französischen und der deutschen Schwerindustrie angebahnt werden. In vielen Arbeitern lebt dieses Mißtrauen, und es kann im Abwehrkampfe großen Schaden anrichten, wenn sich irgendwelche Grundlagen dafür zeigen. Der französischen Propaganda, insbesondere dem Koblenzer Nachrichtenblatt, muß rasch und klar durch die deutsche Presse geantwortet werden. Was wir im Westen getan haben und noch tun werden, geschieht nicht auf irgend einen Befehl, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß es sich um den Bestand der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates handelt. **Nicht auf Befehl, sondern aus innerster Ueberzeugung wollen wir an Rhein und Ruhr das Reich retten.**

Reichsfinanzminister Dr. **Hermes**: Dem Problem der Preisgestaltung und der Kreditgewährung kann man im Grunde nur von der Devisenseite her beikommen. Die notwendigen und möglichen Maßnahmen sind bereits seit einigen Tagen eingeleitet.

Der Ausschuß vertagt sich auf Freitag.

Deutschnationale Einheitsfront.

Nur eine **Sehnsucht** erfüllt die Brust jedes echten deutschnationalen Kämpfers für Freiheit und Recht: **die Ausschaltung der Sozialdemokratie**. Die „Lippische Tageszeitung" bringt in einem großen Kasten einen für die Gedankenwelt ganz bezeichnenden Appell an die Mitgliedschaft. Es wird in diesem Aufruf auf den „**Vernichtungswillen**" der Franzosen hingewiesen, dem es gälte, eine **geschlossene Einheitsfront** gegenüberzustellen. Und dann heißt es in dem Aufruf weiter:

> „**Dazu gilt es, den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Regierung auszuschalten**, ganz gleich, ob die Nachfahren August Bebels in oder außerhalb der Regierung sitzen. Der **Machtkitzel der Sozialdemokratie** und ihrer „freien Gewerkschaften" ist **unerträglich** geworden."

Zum großen Schmerz der deutschnationalen Herrschaften sind die bürgerlichen Mittelparteien, Demokraten und Zentrum, immer noch von der alten **Schlappheit** und glauben, nicht ohne Sozialdemokratie regieren zu können. Demgegenüber ist

> „die Deutschnationale Volkspartei das **mahnende Gewissen** Deutschlands. In allen Kulturfragen ist sie führend und maßgebend!"

Nur eins fehlt noch eigenem Geständnis diesen führenden und maßgebenden Kulturträgern. Sie müssen sich immer noch

> „von den Gesellen eines Crispien beschämen lassen, die „kein deutsches Vaterland kennen" und doch einen **Stundenlohn** als Monatsbeitrag **opfern**".

Die Sehnsucht der Deutschnationalen nach Ausschaltung der Sozialdemokratie können wir begreifen. Der Einfluß einer starken und geschlossenen Sozialdemokratie ist für ihre Träume nach Wiederkehr des alten wilhelminischen Regimes, dem wir unser heutiges Elend verdanken, das stärkste Hindernis. Heute kann man trotz aller deutschnationalen Sirenengesänge gegen die Arbeiterschaft in Deutschland nicht mehr regieren.

Zwei Billionen Mark Ausgaben in 10 Monaten.

Das Reich hat vom 1. April 1922 bis Anfang Februar 1923 bereits zwei Billionen Mark Gesamtausgaben gebucht. Bei Zugrundelegung der augenblicklichen Ausgaben des Reiches wird sich der neue Etat, falls keine Besserung eintritt, auf mindestens 10 Billionen Mark für das Rechnungsjahr 1923/24 stellen.

Rücknahme der Kündigung bei der Post.

Berlin, 8. Februar.

Die Kündigungen der überzähligen Aushelfer bei der Reichspostverwaltung und der überzähligen Arbeiter und Beamten der Reichseisenbahnverwaltung sind auf Veranlassung des Verkehrsbundes von den beiden Verkehrsverwaltungen zurückgenommen worden. Es handelt sich bei der Reichspostverwaltung um rund 25 000 überzählige Aushelfer und bei der Reichseisenbahnverwaltung um etwa 8000 Beamte und etwa 13 000 Arbeiter und Angestellte. Die Zurücknahme der Kündigung wird mit den aus der Besetzung des Ruhrgebietes sich ergebenden Schwierigkeiten begründet.

SPD. Am Donnerstag nachmittag fanden im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der **Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches** über die **Neuregelung der Februarbezüge** Verhandlungen statt. Am späten Abend wurde eine Einigung erzielt. Der Notlage der Staatsbediensteten in den besetzten Gebieten wurde besonders Rechnung getragen. Das zahlenmäßige Ergebnis der Verhandlungen werden wir am Freitag mitteilen.

Ab 1. Januar 1923 ist die für die **Unterstützung** maßgebende Einkommensgrenze **bei Invaliden- oder Altersrentnern oder Ruhegehaltsempfängern auf 120 000 Mk.**, bei Witwen- oder Witwenrentnern **auf 108 000 Mk.**, bei Waisenrentnern auf 60 000 Mk. erhöht worden. Die Kinderzuschüsse betragen für jedes **Kind 15 000 Mk.**, die Freigrenze für das Arbeitseinkommen beträgt **nunmehr 120 000 Mk.**, **die Freigrenze für besondere Bezüge 36 000 M.**

Nicht staatsgefährlich?

Jungdeutscher Orden und Staatsgerichtshof.

Man schreibt uns:

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat das in den meisten deutschen Ländern erlassene Verbot gegen den Jungdeutschen Orden aufgehoben. Die Aufhebung dieses Verbots hat in sachkundigen Kreisen Kopfschütteln erregt. Laut § 7 Ziffer 4 und 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik wird bestraft, wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuches), die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben, teilnimmt bezw. der sich einer solchen geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung anschließt. Laut § 14 des gleichen Gesetzes können Vereine und Vereinigungen verboten und aufgelöst werden, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, die die Besorgnis rechtfertigen, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die den Tatbestand einer in den §§ 1 bis 8 des Gesetzes bezeichneten strafbaren Handlung bilden. Nun steht nach § 128 des Strafgesetzes die Teilnahme an einer Vereinigung, in der gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird, unter Strafe. Gegen Beamte kann Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter erkannt werden. In dem Kommentar des Senatspräsidenten beim Reichsgericht Lobe zum Schutzgesetz der Republik wird gesagt: „Zum Tatbestandsmerkmal der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches muß hinzukommen, daß die Verbindung oder deren Mitglieder unbefugt Waffen besitzen.

Der unbefugte Waffenbesitz beim Jungdeutschen Orden ist festgestellt. Ebenso ist festgestellt die unbedingte Gehorsamspflicht gegenüber bekannten Oberen. Der Eid, den jedes Ordensmitglied zu leisten hatte, band diese Mitglieder in einer Weise, daß sie sich nicht scheuten, selbst strafrechtlich zu ahndende Handlungen zu begehen. Daß der Orden statt des in § 128 des Strafgesetzbuches gebrauchten Wortes „unbedingter Gehorsam" das Wort „freiwilliger Gehorsam" in den Eid aufnimmt, kann über das tatsächlich Beabsichtigte und Erreichte nicht hinwegtäuschen. Es scheint füglich zweifelhaft, ob der Staatsgerichtshof sich über die Folgen der Aufhebung des Verbotes ganz klar gewesen ist. Dadurch, daß er eine Organisation wie den Jungdeutschen Orden als zu Recht bestehend anerkennt, schafft er einen Präzedenzfall dafür, daß in Deutschland sich aus irgend welchen Anlässen ähnliche Orden unter Berufung auf jenes Urteil gründen können wie der Jungdeutsche Orden. Es können also z. B. Arbeiter einen proletarischen Orden mit Eidespflicht schaffen, Republikaner einen republikanischen Orden mit Eidespflicht, Monarchisten einen monarchistischen Orden mit Eidespflicht; man braucht nur zu erklären, daß man „auf dem Boden der Verfassung stehe", und alle Schwierigkeiten sind behoben. Hat der Staatsgerichtshof diese Konsequenzen bedacht, als er seinen Spruch auf Aufhebung des Verbots fällte?

Hätte der Staatsgerichtshof nicht nur nach formellen Gesichtspunkten geurteilt, sondern die wirkliche Bedeutung und Rolle des Jungdeutschen Ordens im Rahmen der reaktionären Bewegung Deutschlands zu erfassen versucht, dann wäre das Urteil zweifelsohne anders ausgefallen. Was ist und sollte der Jungdo sein? Darauf gibt der **Koburger Fahnenweihetag vom 28. Januar 1923** die beste Antwort. Die Nachmittagsfeier in Koburg war von zirka 4000 Menschen besucht. Musik und Gesang wechselten mit Ansprachen, in denen der „alte deutsche Geist" in seiner „eisernen Disziplin" verherrlicht wurde. Brausendes Hoch erfüllte den bereits mit zirka 100 Bannern geschmückten Saal beim Auftauchen einer großen roten Hakenkreuzfahne. Redner aus Koburg, Nürnberg, Schweinfurt usw. begrüßten besonders die Brüder aus Thüringen, denen es nun erst wieder vergönnt sei, frei und offen einzutreten für die Ziele des Jungdeutschen Ordens. **Es werde bald der Tag kommen, an dem die Macht derjenigen gebrochen sei, die das Vaterland verraten und das Volk ins Unglück gestürzt haben. Einen Dolchstoß von hinten, wie ihn die heutigen deutschen Machthaber verursacht haben, dürfte das deutsche Volk nie wieder dulden, dafür werde das junge Deutschland sorgen.** Einem jeden alten Soldaten blute das Herz bei dem Gedanken, daß er seine Kraft in der Armee nicht anzuwenden vermag, da vaterlandslose Gesellen die Waffen abgeliefert und ruhmbedeckte deutsche Erde besudelt hätten. Nicht endenwollender Beifall erfüllte den Saal, als sich ein Redner als **Mitglied der Ehrhardt-Brigade** bekannte und erklärte, daß die Brigade Ehrhardt geschlossener denn je dastehe und **festhalte an den bewährten Führern, die eine Judenregierung hinter Kerkermauern festhalte.** Darauf folgte ein mehrfaches Hoch auf Ehrhardt, Hindenburg, Ludendorff, Herzog Ernst von Koburg, der mit seiner Familie anwesend war, stimmte in diese Rufe lebhaft ein.

Ingenieur Leßner-Zella-Mehlis wies in seiner Rede besonders darauf hin, daß im geeigneten Moment unter dem Jungdeutschen Banner die alte deutsche Ehre mit der Waffe in der Hand wiederhergestellt werden müsse, und daß dann keine Volksabstimmung mehr notwendig sein wird, und die alten Farben Schwarz-Weiß-Rot würden wieder flattern wie ehedem. Doch müsse dazu erst **reiner Tisch im Innern gemacht werden.** Dazu aber seien Männer erforderlich. Im Anschluß daran wurde ein Telegramm an die Reichsregierung gesandt, in dem dieser (aus Anlaß der Ruhrabwehr) die Sympathie und der Wille, ihr jederzeit zur Seite zu stehen, zum Ausdruck kam. Zustimmung aus der Versammlung war dabei nicht zu bemerken. Es setzte deswegen die Kapelle sofort mit dem „Ehrhardt-Lied" ein, wodurch die etwas geschwundene Stimmung sofort wieder belebt wurde. In den Schlußausführungen betonte der Koburger Großmeister des Jungdeutschen Ordens, daß Hitler, dessen wertvolle Arbeit nicht nur dem äußeren Feind, sondern mit derselben Schärfe auch dem inneren Feind gelte, von großer nationaler Bedeutung sei.

Trotz des offensichtlichen und wohlberechneten Bemühens, an allen Klippen formaljuristischer Eingriffspunkte vorbeizusteuern, geht aus den Reden und aus dem Geist der Versammlung klar hervor, daß es das Bestreben des Jungdeutschen Ordens ist, auf dem Wege der Gewalt an die Stelle der bestehenden Staatsgewalt eine andere zu setzen. Man erinnere sich an die Anfänge der Faszistenbewegung in Italien und an die Reden Mussolinis kurz vor Errichtung der Diktatur. Hier waren die Methoden genau dieselben. Die Faszistenbewegung konnte nur deshalb so stark werden, weil man es verabsäumte, sie in ihren Anfängen zu bekämpfen. Es wäre verhängnisvoll für die weitere Entwicklung des deutschen Reiches, es wäre ein Verhängnis für die deutsche Reichseinheit, wenn man aus formal-juristischen Gründen, aus Gründen, die an die Stelle der juristischen Vernunft den toten Buchstaben setzt, bei uns in denselben Fehler verfiele.

Gleiche Brüder — andere Kappen!

Eine Abrechnung mit dem Militarismus.

Mit den feilen Verteidigern des französischen Militarismus hält die sozialistische Elsässer „Freie Presse" folgende furchtbare Abrechnung:

Denken wir zurück! Als im Krieg Deutschlands Generäle in Belgien, in Nordfrankreich Zivilisten zur Arbeit zwingen wollten, und die Widerspenstigen rasch abtransportierten, ging ein Entrüstungssturm durch die Welt. Da nützte alle deutsche Unschuldspropaganda nichts dagegen. Selbst die „Deutschfreundlichsten" senkten den Blick, wenn man ihnen davon sprach. Und damals war Krieg.

Heute ist „Frieden". Im Ruhrgebiet wollen französische Generäle, den Instruktionen gemäß, die sie von der zivilen Bloc-National-Regierung erhalten haben, Zivilisten zur Arbeit zwingen — sind gezwungen, es zu wollen in Durchführung der eisernen Gesetze jeder militärischen Besetzung fremden Landes.

Und ein Entrüstungssturm geht durch die Welt. Keinerlei französische Aufklärungspropaganda wird dagegen etwas nützen. Und selbst die Verteidiger der Bloc-National-Politik wenden den Blick ab, wenn man ihnen sagt: „Konnte Frankreich etwas anderes erwarten, als den systematischen Widerstand der Ruhrbevölkerung? Durfte Frankreich annehmen, daß nur Franzosen imstande sind, fremder Besatzung zu trotzen, keine Angst vor Repressalien zu haben? Wie hätte Frankreich diejenigen genannt, die von 1914 bis 1918, vom Einfall der deutschen Truppen bis zu ihrem Abzug, preußischem Befehl Folge geleistet hätten? Verräter! **Haben nicht französische Kriegsgerichte, noch vier Jahre nach dem Waffenstillstand, nordfranzösische Industrielle abgeurteilt, weil sie im Verdacht standen, mit den Deutschen Geschäfte gemacht zu haben"?** Hat nicht ganz Frankreich letzte Vernichtung gezeigt für diejenigen, denen nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie sich vor dem preußischen Stiefel gebeugt hatten? Hat nicht Frankreich die ganze Welt angerufen als Zeuge für das gen Himmel schreiende Unrecht, das an Zivilisten in Belgien und in Nordfrankreich verübt wurde, als man sie zu Dingen zwingen wollte, die sich gegen die Interessen Frankreichs richteten? Hat nicht ganz Frankreich dem sozialistischen Bürgermeister von Roubaix zugejubelt, der 1915 ablehnte, dem deutschen militärischen Befehl nachzukommen, die städtischen Arbeiter aufzufordern, der fremden Besatzung Dienste zu leisten und der dafür drei volle Jahre im Innern Deutschlands eingekerkert wurde? Hat nicht ganz Frankreich dem Brüsseler Bürgermeister Max zugejubelt, der dem Willen des Generals v. Bissing trotzte und dafür nach Deutschland geschickt wurde? Hat nicht die gesamte französische Presse jeden kleinen Maire, jeden Feldhüter, jeden Postbeamten, der in der bitteren Invasionsperiode „dem Deutschen" auch nur den geringsten Widerstand entgegensetzte, gefeiert? .... Und heute? Heute wird im Ruhrgebiet Belagerungszustand verhängt, wird verhaftet, wird ausgewiesen, sehe ich Beamte, die den Befehlen ihrer Regierung treu bleiben wollen, gezwungen, mit Kind und Kegel sich auf die Wanderschaft zu machen. Und die Pariser Presse kündigt an, „daß dies nur der Anfang" der energischeren Maßregeln sei, die Frankreich nun, angesichts der deutschen Sabotage, ergreifen werde."

Schmach und Schande über diejenigen, die Frankreich heute zu dieser Rolle erniedrigen. Sie zitieren das deutsche Beispiel, sie schreiben: „Die Deutschen haben es viel ärger getrieben", und scheinen nicht zu merken, daß die Tatsache allein, daß ihnen ihr Gehirn das deutsche Beispiel ins Gedächtnis zurückruft, daß sie gezwungen sind, „Vergleiche" anzustellen, das furchtbarste Urteil bildet über das, wessen sich das offizielle Frankreich gegenwärtig schuldig macht im Ruhrgebiet.

Wir haben diesen Betrachtungen weiter nichts hinzuzufügen, als den Ausdruck der Genugtuung darüber, daß sich die deutschen Arbeiter im Widerstand gegen militaristische Gewalt nicht weniger heldenmütig zeigen, als einst — im Kriege — ihre belgischen und französischen Kameraden.

Die Not der Krankenkassen.

Unsere Genossen im Preußischen Landtag haben folgende Große Anfrage eingebracht:

„Die katastrophale Entwertung der deutschen Mark, die ungezügelte Verteuerung aller Schreib- und Verbandmaterialien und Heilmittel, sowie das sprunghafte Hinaufschnellen der Ausgaben für die Verpflegung in den Krankenhäusern haben die meisten Krankenkassen fast zum Erliegen gebracht. Schon haben die Krankenkassen den Versicherungsämtern die Verwaltung der Kassen überlassen, da den Sanierungsversuchen der Kassenvorstände gesetzliche Grenzen gezogen sind. Weitere dürften schon in allernächster Zeit folgen. Der völlige Zusammenbruch zunächst der Krankenversicherung und damit in Verbindung der gesamten Sozialversicherung steht zu befürchten.

Was gedenkt das Staatsministerium dagegen zu tun? Ist es insbesondere bereit, die Oberversicherungsämter anzuweisen, der furchtbaren Not der Krankenkassen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden? Ist das Staatsministerium bereit, im Reichsrat und bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß schnellste und durchgreifende Hilfe erfolgt?

Ruhrspenden der Landwirtschaft.

TU. Berlin, 6. Februar.

In der Woche vom 29. Januar bis 3. Februar sind über die Sammelstelle Minden gerollt bezw. von der Sammelstelle weitergeleitet an Ruhrliebesgaben der Landwirtschaft: Kartoffeln 58 Wagen und 5775 Zentner, Getreide 9 Wagen und 5492 Zentner, Mehl 7 Wagen und 1700 Zentner, Hülsenfrüchte 10 Zentner, Haferflocken 200 Zentner, Kartoffelstärkemehl 300 Zentner, verschiedene Lebensmittel (Kartoffeln, Zwiebeln, Korn, Mehl, Hülsenfrüchte) 9 Wagen, zusammen also 13 493½ Zentner und 86 Wagen. Es sollen bekommen Dortmund etwa 20 Wagenladungen, Essen 13, Düsseldorf 49, Gelsenkirchen 26, Bochum 2, Kreis Recklinghausen 33, Zeche Dahlhausen 1 Wagen, also zusammen 144 Wagenladungen. Davon kommen aus Pommern 47, Brandenburg 44, Sachsen (Prov.) 17, Hannover 3, Thüringen 6, Westpreußen 6, Westfalen 3, Hessen-Nassau 2, Mecklenburg 2, Schlesien, Oldenburg, Anhalt, Braunschweig, Holstein usw. je 1 Wagen, außerdem große Mengen Vieh und Fleisch, deren Zahlen noch nicht zusammengesetzt sind.

Devisen-Kurse.

Berlin, 9. Februar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		8. Februar.	7. Februar.
Amsterdam	1 fl.	13366.50	14363.25
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1795.50	2044.87
Kristiania	1 Kr.	6184.50	6832.87
Kopenhagen	1 Kr.	6184.50	6982.50
Stockholm	1 Kr.	8827.37	6975.75
Helsingfors	1 finn. Mk.	816.30	942.63
Rom	1 Lire	1596.—	1770.56
London	1 £	158103.75	172567.50
New York	1 Doll.	33416.25	36508.50
Paris	1 Frs.	—	2319.18
Zürich	1 Frs.	6274.37	6907.68
Madrid	1 Pesetas	5211.93	5735.62
Wien	100 Kr.	48.12	52.61
Prag	1 Kr.	995.—	1087.27
Budapest	1 Kr.	12.66	14.46

Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

20. Fortsetzung.

Vater Desallemagnes führte seinen Schwiegersohn in das Hotel Reunion und bestellte ein üppiges Frühstück, denn er wußte, daß Belle-Plante bei anderen guten Appetit zu entwickeln pflegte.

In demselben Raume frühstückten einige Bauern und eine Art von Herr mit schäbigem Hut und gewendetem Ueberrock.

„Kennst du den Kerl?" sagte Herr Desallemagnes.

„Ob ich ihn kenne! Da sitzt Herr Matronazy, der unten an der Brücke von Bethlehem wohnt."

„Ich wette, daß er hier nicht den Bewirter spielt."

„Und ich wette, daß die beiden Bauern eben Geld von ihm geborgt haben."

„Wenn dem so ist, so kommt auch gleich Frau Matronazy."

Er hatte den letzten Buchstaben dieses Namens noch nicht ausgesprochen, als die Bewußte Dame eintrat.

„He, Matronazy," rief sie, „seit einer Stunde erwarte ich dich zum Mittagessen. Du weißt ja, daß ich mich nicht entschließen kann, ohne dich zu speisen."

„Aber, meine Liebe, du siehst doch, daß ich diese Herren nicht allein lassen kann."

„Ei, Herr Matronazy," sagt einer der Bauern, „wenn Ihre Frau uns die Ehre ihrer Gesellschaft antun wollte, so ist sie uns gewiß nicht zu viel."

„Sieh, das ist wahr," sagte Matronazy; „der Vater Desanieres hat recht. Warum kannst du nicht hier einen Bissen mit uns essen?"

„O, ich danke Ihnen, Herr Desanieres, ich habe noch nie im Gasthof gegessen und ich möchte heute nicht damit anfangen."

„Bist du komisch" sagte Matronazy; „bist du hier nicht unter Freunden? Hast du Furcht, daß diese braven Leute dich auffressen? Der gute Papa Desanieres würde glauben, daß du aus Stolz ablehnst. Madame Bourbon, noch ein Gedeck, wenn ich bitten darf."

Frau Matronazy zierte sich der Form halber noch ein bißchen und setzte sich dann zu Tische.

„Nimmer eins," sagte Vater Desallemagnes, „die Prozession ist noch nicht zu Ende."

In der Tat, fünf Minuten später kam ein anderer Matronazy, Herr Matronazy junior, der seine Mutter holen wollte, damit sie ihm zu essen gäbe und der weinerlich über Hunger klagte.

„Wie der Balg mich ärgert," sagte Matronazy, „der hat ewig Appetit; man müßte immer ein Brot in der Tasche haben. Wenn das Dessert dastände, könnte man ihn mit einer Birne und einer Schnitte Brot loswerden."

Der Vater Desanieres, der nicht harthörig war, ließ das Dessert bringen.

„Schau", sagte Vater Desallemagnes, „ein Wucherer, der sein Geschäft versteht."

„Ich bitte um Entschuldigung, Herr Desallemagnes", erwiderte Belle-Plante; „er hätte besser getan, zu Hause sein Suppenfleisch zu essen und das Geld, das diese Leute im Gasthaus ausgeben, auf die Zinsen zu schlagen."

Belle-Plante und Vater Desallemagnes standen von Tisch auf und begaben sich zu Herrn Arthus; aber dieser war in Torvol, wohin sein Onkel Benjamin ihn zum Diner eingeladen hatte. Sie mußten den Handel daher auf einen andern Tag verschieben.

11.

Cornelius kam des Abends an. Es schlug gerade acht auf Belle-Plantes Kuckucksuhr, als er triumphierend in seinen Hof eintrat, gefolgt von seinem Leinwandballen und seinen zwei Tonnen Firnisöl. Belle-Plante soupierte gerade, aber die Wahrheit zu sagen, Ihr hättet ihn nicht für einen Mann gehalten, der soupierte. Er saß an einer Ecke des Küchentisches und hatte vor sich ein Bündelchen Schalotten, ein Häufchen Salz und ein Stück Schwarzbrot. Als Cornelius ihn sah, fiel er ihm um den Hals, schloß ihn in seine Arme, küßte ihn zärtlich, kurz er tat alles, was man in solchen Fällen tut. Als die Begrüßung vorüber war, sagte Cornelius: „Nicht wahr, du läßt mir ein Abendbrot machen? Ich habe seit Auxerre nichts gegessen und sterbe buchstäblich vor Hunger."

„Wahrhaftig", sagte Belle-Plante, „du hättest mir vorher mitteilen sollen, daß du buchstäblich vor Hunger sterben würdest. Die Schalotten stehen dir zur Verfügung."

„Du scherzest. Ich habe nichts gegen Schalotten in einer pikanten Sauce, vorausgesetzt, daß man sie nicht zu verschwenderisch anwendet, aber ich habe noch nie gehört, daß ein Mensch, ein Ebenbild der Gottheit, ein Nachtmahl aus Schalotten einnimmt. Laß mir ein Hühnchen braten, lieber Belle-Plante."

„Unmöglich, lieber Cornelius, das würde mir ein Paar zerstören."

„Nun, so laß das Paar schlachten. Ich habe einen solchen Appetit, daß ich heute ein Paar Hühnchen vertilgen kann, wenn du mir etwas dabei hilfst."

„Du weißt also nicht, obwohl du so gelehrt bist, daß das Paar Hühner in Clamecy dreißig Sou gilt?"

„Ich verstehe dich," sagte Cornelius; „du findest, daß das ein zu teures Souper ist, aber dann laß mir eine Omelette backen."

„Die Eier, mein Lieber, haben ihre Bestimmung wie die Hühner. Morgen soll die Magd sie nach Clamecy tragen."

„Der Teufel! Alles, was es hier gibt, wandert also nach Clamecy? Wenn ich das vorausgesehen hätte, hätte ich in Clamecy mit dem rotgekleideten Herrn soupiert, der uns auf der Reise so zum Lachen brachte und der mich drängte, seine Einladung anzunehmen."

„Niemals hättest du besser gehandelt. Aber was zum Teufel willst du denn hier machen? Du hast keine Geschäfte mehr, die dich hierher ziehen, nachdem du jetzt dein ganzes Vatererbe verzehrt hast."

„Was ich hier machen will? Erstens dich sehen, dich umarmen; dann will ich an den Ufern meiner lieben Yonne träumen; ich will Wasser aus meiner Quelle trinken; ich will auf den Gipfel des Berges klettern, wo ich so oft unsere Kuh gehütet habe."

„Donnerwetter," sagte Belle-Plante, „du hast ja einen ganzen Haufen wichtiger Geschäfte."

„Das ist nicht alles; ich will hier einen Luftballon ausführen. Ich hoffe, daß du mich ein paar Monate bei dir aufnehmen wirst, mich, meine Leinwand und mein Firnisöl."

„Deine Leinwand und deinen Firnis gern; was dich anbetrifft, so ist das eine andere Sache."

„Du hättest hier kein Plätzchen für mich? Ein Kämmerchen mit einem Fenster, das aufs Feld geht, wird mir genügen."

„Du bist wahrhaftig nicht anspruchsvoll, aber denkst du, daß ich kleine Zimmer, die aufs Feld gehen, vermiete, nur um den ersten besten aufzunehmen, der sich darin niederlassen will?"

„Aber du wirst doch ein Eckchen auf deinem Hofe für mich finden?"

„Und ich sage dir, daß es auf meinem Hofe keine Eckchen gibt. Ich bin, ganz offen gesagt, nicht in der Laune, einen Nichtstuer zu ernähren, der noch niemals verstanden hat, mit seinen zehn Fingern zu arbeiten."

„Das ist ein Vorurteil von euch Bauern, daß der, der nicht mit seinen Händen arbeitet, nichts tut. Du stehst zeitig auf, Belle-Plante, aber ich gehe manchmal nicht zu Bett. Weißt du, daß ich das Mittel erfunden habe, die Luftballons lenkbar zu machen?"

„Hättest du lieber das Mittel erfunden, Kartoffeln so groß wie Kürbisse wachsen zu lassen."

Fortsetzung folgt.

Amtlicher Teil

Höchstpreise ab 10. Februar 1923:

Roggengrobbrot } Markenbrot 1900 Gr. 600.— Mk.
Feinbrot . . . } Markenbrot 1900 Gr. 700.— Mk
Vollmilch . . . . . das Liter 700.— Mk.

Lübeck, den 9. Februar 1923. (12802

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung.

Die Gebühren für Arbeiten und Leistungen der Berufsfeuerwehr sind ab 10. Februar erhöht worden.

Lübeck, den 9. Februar 1923. (12786

Die Behörde für das Feuerlöschwesen.

Nichtamtlicher Teil

1 Posten reelle starke Schuhwaren:
Starke Schaft- und Arbeitsstiefel, Sportstiefel,
1 Posten starke Lederpantoffeln, ohne Naht, 29 500 Mk.
1 Posten Damen-Lederhausschuhe 4900, m. Spange 12 500 Mk
1 Posten elegante Damen-Halbschuhe 22 000 Mk.
1 Posten eleg. Damenstiefel 29 500
Billige warme Pantoffeln, Hausschuhe für Erwachsene und Kinder, Lederpantoffeln und Kinderstiefel in allen Größen.

1 Posten schöne reelle Damenkonfektion:
1 Posten Damen-Wintermäntel, marbia, schöne Form. 18 250, 16 500, 18 750 Mk.
1 Posten Strickjacken und Damenjumper, hübsche Muster und Form.

1 Posten mod. reelle Herrenkonfektion:
1 Posten Herren-Gummimäntel und Lodenmäntel
1 Posten elegante Herrenanzüge, Loden- und Manchesterjoppen und -Hosen
1 Posten Konfirmandenanzüge.
Hüte — Mützen — Unterzeuge.
Kleiderstoffe, Leinen, Bettfedern, Daunen, Federn. (12785

Ehlers & Oestwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.
Unsere reellen Qualitäten sind weit bekannt.

Konsumverein für Lübeck und Umgeg. e. G. m. b. H.

Wichtige Mitteilung an unsere Mitglieder!

Immer weitere Kreise der Bevölkerung schließen sich unserm Verein an. Tausende wurden in den letzten Monaten neu aufgenommen. Es ist daher, besonders in den großen Abgabestellen, unmöglich, daß alle Mitglieder persönlich bekannt sind. Wir ersuchen daher alle Mitglieder, bei jeder Warenentnahme einen Ausweis über ihre Mitgliedschaft mitzubringen, besonders dann, wenn sie persönlich noch nicht genügend bekannt sind. In unsern Spezialabgabestellen für Fleischwaren und für Manufakturwaren ist das Mitbringen eines Ausweises unbedingt erforderlich und wird ohne diesen Ausweis Ware nicht abgegeben. Die Entnahme von Waren durch Nichtmitglieder ist verboten. Wer es versucht, unter falschen Angaben sich Waren zu verschaffen, macht sich strafbar und warnen wir daher dringend vor Mißbrauch unserer Einrichtungen. Wir empfehlen daher jedem, einen Ausweis über seine Mitgliedschaft stets bei sich zu führen und unaufgefordert bei der Warenentnahme vorzuzeigen, da gegebenenfalls die Warenabgabe sonst verweigert werden muß.

12784 Der Vorstand.

Von seinen schweren, im Felde zugezogenen Leiden erlöste ein sanfter Tod mein. teuren Mann, Vater, Schwiegersohn, Brud., Schwager und Onkel

Peter Wienck

im 42. Lebensjahre. In tiefst. Schmerz
Maria Wienck geb. Stölting
(12800) u. Familie.
Gr.-Parn, 7. 2. 23.
Beerd. Montag 2½ Uhr v. Trauerh. aus.

Für die innige Teilnahme beim Ableben unseres Vaters, insbesondere den Kall der L. M. G., dem D. M. V., der V. S. P. D. und dem Genossen Bromme für die trostreichen Worte unseren besten Dank. (12793

Familie Teß.

Schlafst., Garnit., Küch., Ausziehtisch, Chaiselong. z. noch bill. Pr. (12799 **W. Schlöer.** Handelstr. 4.

Billig neues D.-Fahrr., Mäntel u. Schläuche u. Bettstelle, weit unt. Pr. **A. Meyer** Händler. (12795 Gr. Beckergrube 13 a, I.

Mittel-Ot.-M., 5. u. 6. Kl., z. v. Reiferstr. 46 a. (12778

10 000 M Belohnung. 12804
Am Dienstag abend 11 Uhr ist ein mit Holzteer gestr. Blockwagen gestohlen. Für Herbeischaffung sichere obig. Belohnung. Brolingstr. 44.

Verlaufen ein kl. Dackel. Abzug. geg. Bel. (12776 Wickedestr. 28 II.

S. Morgenst. od. Kgnt. zu leihigen. (12796 Fischstr. 8, I., r.

333 585 Gold Doubl.
H. Schultz Johannisstr. 20. (12789

Verk. e. Turnschuh (12777 Abzug. Glockengstr. 7 a.

5 hausen 13 12773
zahlt Uhrmach. **Hübner** d. höchsten Tagespreise f. Gold-, Silber-, Platin-Bruch, Gebisse u. Uhren

Karl Labitz, Böttcherstr. 16
Gefr.-Schlachtf. p. Pfd. Mk. 2400.—
Beefst., Rollfl. 3200.—
Schweineleber 2400.—
fr. Schweinsrippe 2400.—
frische dicke Flomen.
(12792)

Sterbekasse „Die Vertrauliche", Lübeck
Generalversammlung am Sonntag, d. 11. Febr. punkt 10 vorm., b. Knorr, Klingbg. T.-O.: Jahresber., Rechnungsabl., Vorstandsentlast., Wahlen, Satzungsänder. (12781

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

KOLOSSEUM.
Morgen **Winterball** der Rudervereinigung „Flottweg". 12772
Kassenöffn. 6.30 Uhr. Der Festausschuß

Stadthallen-Lichtspiele.
Vom 9.—15. Februar
das hervorragende Wochenprogramm.
Der schwedische Großfilm
„Die Landesflüchtigen".
Schauspiel in 5 Akten von **Mauritz Stiller** mit den berühmten Darstellern
Jenny Hasselquist. Lars Hanson.
„Madame Tallien"
Drama aus den Schreckenszeiten der französischen Revolution im Jahre 1794.
5 Akte.
„Knoppchen und seine Schwiegermutter".
Posse in 1 Akt.
Auf unser vorzügliches Orchester wird besonders hingewiesen. (12791

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Weberus-Stimmungs-Konzerte. 12774

Hansa-Theater.
Heute Freitag 7½: Wiederauftreten von **Reinh. Wolff** nach überstandener Krankheit.
Zum ersten Male!
Boccaccio.
Kom. Operette i. 3 Akten von Franz v. Suppé.

Boccaccio	Lissy Niemz
Pietro	Paul Schüßler
Seelza	Max Walden
Beatrice	Eila Loeb
Lotteringhi	Willy Raven
Isabella	Elly Rohde
Lambertuccio	Reinhold Wolff
Veranella	Trude Sorea
Fiametta	Lisa Studt

u. s. w.
Sonnabend und folgende Tage 7½ Uhr:
„Boccaccio".

Stadttheater Lübeck
Freitag, 7.30: Ab. C. **Luther,** v. Strindberg.
Sonnabend 7.30, 12. Ab.-Vorst.: **Kater Lampe.**
Sonntag, 10 U., 3 Vorst. f. d. Arbeitsgemeinsch. D. Bünde: **Luther.**
3 Uhr Volksbühne: **Tiefland.** 12786
7.30 Uhr: **Martha.**
Montag 7.30, Volksbühne: **Tiefland.**

Lebensmittel.

Dampfbäckerei „Hansa"
Lübeck
F. C. D. Junge & Co
Verkaufsstellen überall.

Reservat
Jul. Böttcher
Nährmittelfabrik.

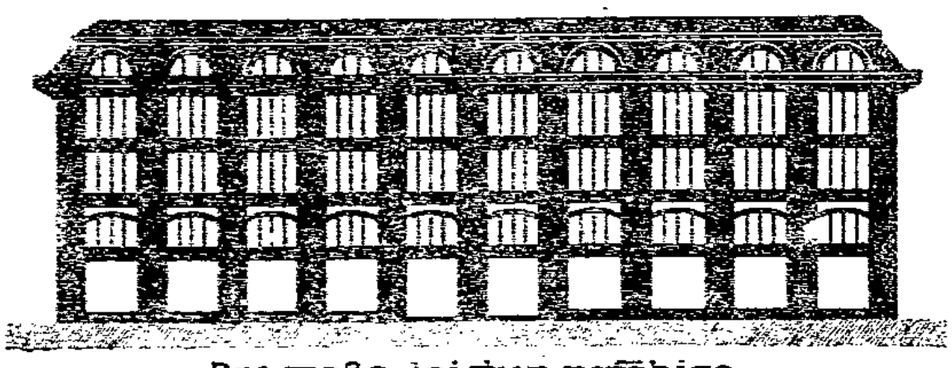
Hansa-Meierei
Fackenburger Allee 24 a. Fernr. 26 . . 37

Paul Erasmi & Co.
Konservenfabrik.

Reservat für
Willi Franz Nehls
Lebensmittel-Großhandlung

Grützmühle Carl Moll
Tel. 924 u. 5[illegible] LÜBECK Abbrecht 12 14
Fabrik für Hülsen- u. Grützmühle für junge Schweine u. Geflügel, reines Schrot zum Mischen, Verkauf von Getreide in Grütze, Kornen usw.

J. HÖPPNER
Groß-Destillation
Weinhandlung * Likörfabrik
Lübeck, Beckergrube 96
Fernsprecher 237.



Das große leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann
Holstenhaus
G.m.b.H. Lübeck

Musterschutz
Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Abfahrt der Züge von Lübeck nach
Hamburg: 5[45], 7[47], 9[28] Eilz., 11[03], 1[26], 4[17], 7[22], 8[02] D-Zug, 9[30] Sonnt., 9[35].
Travemünde-Niendorf: 5[27] Werkt., 8[15] Travem., 2[07], 6[52].
Büchen: 8[00], 1[30], 5[30]. — **Segeberg:** 1[30] Werktags, 2[10] Sonntags, 7[30].
Ruhn: 7[15], 5[30].
Kleinen: 7[15], 9[26] D, 9[42] D, 12[02], 5[24], 9[25]. (Ohne Gewähr. — Musterschutz.)

Lübecks größtes Spezialgeschäft
zeigt der Bevölkerung die Einkaufsquelle für Margarine
Lübecker Margarine-Centrale
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen. A. DREESEN. Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebensmittel ?
In der Feinkosthandlung von
Paul Burmester jun.
Holstenstraße 24 * Fernsprecher 3763
und in den Verkaufsstellen
Meierstraße 21 und Schwönecken querstraße 18.

B. Glogner & Co.
Kanalstraße 32-34
Stahl, Eisen, Metalle, Schrot.

Ankauf! * Ankauf!
Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle
Sämtliche Felle und Haare.
Ueberbiete dauernd jede Konkurrenz.
R. Lissauer, Produktenbörse.
Hartengrube 5. * Fernruf 3601.

F. Lissauer & Goldschmidt
en gros Mühlenstr. 60 en détail
zahlen immer die höchsten Tagespreise für
Eisen Metalle Lumpen Haare.

60 Glockengießerstr. 60
Zahle höchste Tagespreise für Alteisen, Haushaltslumpen, Schneiderlumpen, Altpapier, Zeitungspapier, Metalle, Flaschen, Felle, Haare usw. usw.
J. Mendelzweig.

R. Lissianski
Obertrave 19
Rohprodukte.

Förpers Produkten-Zentrale
Schwart. Allee 24/26 * Fernsprecher 1575
Beste Absatzquelle für Alt-Eisen, Metalle, Papier, Flaschen usw.
Händler, Schlosser, Schmiede, Klempner erhalten Vorzugspreise!

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Freitag, 9. Februar 1923. Nummer 34.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 9. Februar.

Einheitsfront der Wucherer.

Wir lesen im „Hgb. Fremdenbl.“: **Erhöhte Preise. Butter 8400 Mk — Milch 820 Mk.** Der Ladenpreis für beste Butter ist von der Butterkotierungskommission des Vereins der Fettwaren- und Delikatessenhändler Hamburg-Altonas von 1887 auf 8400 Mk. (Vorwoche 7200 Mk.) festgesetzt worden. Der Preis für Vollmilch beträgt in der nächsten Verbrauchswoche 820 Mk. (Vorwoche 700 Mk.), für Mager- und Buttermilch 400 Mk.“

Dementsprechend steigt auch in Lübeck, mit einer kleinen Abweichung der Milchpreis um 100 Mark. Ein Liter Milch **kostet also hier 700 Mark!!!**

Brutal, ohne Sinn und Verstand drehen die Patrioten und Einheitsfrontler die Preisschraube. Obwohl der Dollar — und nur auf ihn schwören agrarische Christenmenschen — gegenüber der Vorwoche bedeutend gefallen ist, treiben sie aus Gewohnheit den Preis für ihre Produkte in die Höhe. Sie kümmern sich einen Dreck darum, ob das Volk zugrunde geht oder nicht. Nur ganz selten findet sich einer, dem das Gewissen schlägt, wie z. B. nach der „Saale-Ztg.“ der Hallesche Kleinpächter, der sich auf der Preisprüfungsstelle nach dem Milchpreis erkündigte und starr vor Entsetzen erklärte: **„Ich würde mich schämen, von meinen Kunden bei diesen Zeiten für Milch einen Preis von 382 Mk. ab Stall zu nehmen.“**

Nein, sie schämen sich nicht, die Patrioten, in dieser Zeit zu räubern. Am Tage der Ruhrbesetzung kostete das Pfund Butter noch 2000 Mk. Angenommen, daß nun unsere Landwirte, für deren Existenz dort am Rhein ebenfalls gekämpft wird, sich mit ihrer ganzen Macht hinter die opferbereite Arbeiterschaft stellte, dann hätten die Inlandspreise für Butter sinken oder sich doch wenigstens auf derselben Höhe behaupten müssen. Das Gegenteil trat ein: schneller wie der Dollar kletterten die Butterpreise in die Höhe, eben deshalb, weil die deutschen Kühe mit amerikanischen Dollars gefüttert werden. Und das schönste dabei ist, daß die Milch trotz dieser Mastkur immer qualitätsärmer wird. Die Sahne wird zu aller Teuerung noch extra abgeschöpft. Und keiner ist zu fassen. Dafür aber geht der Würger Tod im Volke um. Führte doch kürzlich ein preußischer Minister über das Hungerdasein des Volkes u. a. aus:

„Todesfälle infolge Hungers, Selbstmorde aus Hunger und Verzweiflung mehren sich. In den letzten Monaten wurden **361 Fälle von Skorbut,** einer ausgesprochenen Hungerkrankheit, mit fünf Todesfällen gemeldet. **Die Säuglingssterblichkeit ist seit Mitte v. J. im Zunehmen begriffen. Fast 50 Prozent aller Kleinkinder und Schulkinder sind unterernährt.** 20 Prozent können wegen allgemeiner Körperschwäche und Blutarmut in den Schulen nicht aufgenommen werden. **Hunderttausende erhalten keinen Tropfen Milch mehr.** Die Tuberkulose nimmt bedenklich zu, die Todesfälle durch Tuberkulose sind bereits von 56 auf 97 Prozent gestiegen. Viele Kinder haben kein Hemd, und Säuglinge werden in Zeitungspapier eingewickelt. Die Krankenanstalten und die ärztliche Wissenschaft stehen vor dem Zusammenbruch.“

Die Regierung erläßt schöne Verordnungen, die Agrarier jagen die Preise und die bürgerliche Presse schreit: Einheitsfront! Ja, Einheitsfront zur Ausbeutung des Volkes!

Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Am Mittwoch hielt der Ausschuß in der Schiffergesellschaft eine außerordentliche Sitzung ab. Um die finanziellen Schwierigkeiten der Kasse in etwas zu heben, beantragte der Vorstand den bestehenden Lohnstufen zwei weitere hinzufügen von 1500 Mark und 1800 Mk. Die Beiträge, die 10 % dieses Grundlohnes betragen, sind für diese Stufen 900 Mk. und 1080 Mk wöchentlich. Das Krankengeld 750 und 900 Mk., nach 26wöchiger Mitgliedschaft 900 Mk. und 1080 Mk. Die erhöhten Beiträge treten sofort in Kraft, die erhöhten Leistungen nach gesetzlichen Bestimmungen erst ab 19. März. Der Ausschuß gab zu diesen Satzungsänderungen seine Zustimmung. In der Aussprache wurde namentlich das fortwährende Steigen der Beiträge kritisiert, für die die mangelhaften Leistungen der Kasse (niedriges Krankengeld, Beschränkung der Krankenhausbehandlung) nur wenig Ersatz bieten. Dem Vorstande wurde eine Kommission des Ausschusses zur Seite gestellt, die prüfen soll, ob nicht auf andere Weise wie durch fortwährendes Anziehen der Beiträge der Bestand der Kasse gesichert werden kann. Scharf kritisiert wurde auch der Umstand, daß trotz des Beschlusses des Ausschusses, daß bei Familienangehörigen ein Drittel der Kosten der Arznei von dem Mitgliede bezahlt werden soll, der Vorstand nachträglich mit den Apotheken einen 40prozentigen Zuschuß vereinbart hatte. Von Vorstandsseite wurde dem entgegengehalten, daß bei 33⅓ % die Mitglieder auch das Glas oder die Kruke bezahlen sollten, was bei 40 % wegfalle. — Es wurden noch die Entschädigungen an die Vorstandsmitglieder und den Ausschuß für Sitzungen von 30 Mk. auf 200 Mk. erhöht, sowie die Diäten und die besonderen Entschädigungen des Vorsitzenden und Schriftführers geregelt. — Ein Antrag des Vorstandes, den Beschluß der vorigen Sitzung betreffend Beteiligung des Betriebsrates an den Vorstandssitzungen aufzuheben, wurde abgelehnt. — Die Versammlung war schwach besucht, als Ursache wurde das Unterlassen einer besonderen Einladung an die Ausschußmitglieder angenommen.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Infolge der durch die Besetzung des Ruhrgebietes entstandenen Ausfälle an Einnahmen ist, wie das Reichsverkehrsministerium mitteilt, eine neue Erhöhung der Tarife notwendig geworden. Vom 15. Februar ab wird der Gütertarif um 100 Prozent, vom 20. Februar ab der Tiertarif um 60 Prozent erhöht. Vom 1. März ab sollen die Personentarife um 100 Proz. erhöht werden. Diese würden damit das 890fache des Friedenspreises in der 4. Klasse erreichen, in den anderen Klassen ist der Prozentsatz ein wesentlich höherer.

Schöffengericht.

gi. Zum dritten Male seit kurzer Zeit steht eine Krumbecker Sache vor Gericht zur Verhandlung. Diesmal handelt es sich nicht um Milchgeschichten, sondern die Veranlassung zu der Verhandlung ist ein Kuß, der vor ungefähr 11 Jahren geraubt worden sein soll. Angeklagt wegen Beleidigung des Lehrers St. ist Fräulein Henny Schw., Pastor Gr. und ein nicht anwesender Landwirt H. Die beiden anwesenden Angeklagten werden vom Rechtsanwalt Dr. Wittern vertreten; während auf Antrag der Zeuge Lehrer St. als Nebenkläger zugelassen wurde. Außer dem letzteren waren noch ungefähr ein Dutzend Zeugen zugegen. Dadurch nahm die Verhandlung einen Zeitraum von 7 Stunden in Anspruch. Im Jahre 1912 haben die Landleute in Krumbeck eine Treibjagd veranstaltet, an der auch der Lehrer St. teilgenommen hat. Nachher ist ausgiebig getrunken worden. St. ist erst frühmorgens nach Hause gekommen, hat sich dann schlafen gelegt und ist erst gegen 10 Uhr in die Schule gekommen, wo seine Frau während der ersten Stunden Handarbeitsunterricht gegeben hat. Da er Kopfschmerzen hatte, schickte er die Kinder nach Hause, behielt aber angeblich zwei Schülerinnen zurück. Die eine ist dann fortgegangen und nun soll St. seine damalige Schülerin Schw. umfaßt und ihr einen Kuß gegeben haben. Das Mädchen ist hierauf weinend zur Mutter gegangen und hat dieser den Vorfall erzählt. Der Vater soll sehr aufgebracht gewesen sein und hat den Lehrer gleich zur Rechenschaft ziehen wollen, ist aber davon abgekommen. Von der Sache ist jahrelang keine Rede gewesen bis vor kurzem aus Anlaß einer ähnlichen Angelegenheit in einem anderen Dorfe die Schw. ihren Fall erzählt hat. Auch der Pastor G. hat von der Sache gehört und hielt es als Seelsorger für seine Pflicht, der Oberschulbehörde Mitteilung von dem Vorfall zu machen. Auf Betreiben der letzteren ist dann die Anklage erhoben worden. Die Vernehmung der Schw. gestaltete sich recht schwierig, da sie so befangen war, daß sie weder sprechen, noch das von ihr selbst Aufgeschriebene vorzulesen vermochte. Die Aussagen der Zeugen standen sich schroff gegenüber. Was der eine als Wahrheit aussagte, bezeichnete der andere als direkte Lüge. Z. B. wird von mehreren Zeugen ausgesagt, der Lehrer St. hätte sich geäußert, die Kußgeschichte könne ihm nichts mehr anhaben, da sie verjährt sei, während St. behauptet, er hätte gesagt, leider sei sie verjährt, sonst müßte er Anklage erheben. Staatsanwalt Heise hält den Vorfall mit dem Kuß nicht für wahrscheinlich und beantragt gegen Frl. Schw. 20 000 Mk., gegen Harms 5000 Mk. Geldstrafe; bei dem Pastor tritt er für Freisprechung ein. St. als Nebenkläger legt dar, daß ihm viel Leid zugefügt wurde und daß er von den Landleuten wegen seiner linkspolitischen Gesinnung verfolgt würde. Der Verteidiger macht der Oberschulbehörde den Vorwurf, nicht schon längst einen vernünftigen Verwaltungsschritt getan zu haben, um das Verhältnis des Lehrers St. mit der Gemeinde zu lösen. Im übrigen beantragt er für seine Klienten Freisprechung. Das Gericht spricht sämtliche Angeklagten frei und legt die Kosten der Staatskasse zur Last. In der Begründung führt der Vorsitzende, Amtsrichter Dr. Rüse, aus, daß das Gericht die Tat als geschehen angesehen hat. Der ganze Vorfall, wie er sich abgespielt hat, sei so wahrscheinlich, daß das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen ist, der Lehrer St. habe der Angeklagten den Kuß gegeben.

Der Seeschiffsverkehr Lübecks im Jahr 1922.

Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Landesamtes verkehrten 1922 im Lübecker Hafen

	einkommend		ausgehend	
	Schiffe	Reg.-Tons	Schiffe	Reg.-Tons
Dampfer	1550	360 542	1546	366 6221
Segler	605	47 762	581	45 546
Seeleichter	87	29 163	87	28 844
	2242	437 467	2214	441 021

Der gesamte Schiffsverkehr belief sich hiernach auf 4456 Handelsschiffe mit 878 488 Netto-Reg.-Tons-Raumgehalt gegen 4365 Schiffe mit 779 840 Reg.-Tons im Jahre 1921. Die Zahl der Schiffe hat also um 91 und die der Gesamttonnage um 98 648 Reg.-Tons oder 12,3 Proz. zugenommen; trotzdem hat der Verkehr noch nicht die Hälfte des Tonnengehalts der Vorkriegszeit wieder erreicht. Der Raumgehalt der Dampfer war 1922 um 115 950 Reg.-Tons oder 19,0 Proz. und der der Segler um 11 898 Reg.-Tons oder 14,6 Proz. größer als im Vorjahre, die Tonnage der Seeleichter blieb dagegen um 29 200 Reg.-Tons oder um ein Drittel hinter ihm zurück.

Der durchschnittliche Raumgehalt der angekommenen Schiffe betrug 1913: 768 Kubikmeter, 1919: 442 Kubikmeter, 1920: 518 Kubikmeter, 1921: 509 Kubikmeter und 1922: 553 Kubikmeter. Auch hier ist die frühere Friedensziffer noch lange nicht wieder erreicht, aber es ist doch schon eine langsame Vermehrung der größeren Schiffe festzustellen.

Auf die einzelnen Schiffsarten verteilte sich der gesamte Raumgehalt folgendermaßen:

	Dampfer	Segelschiffe	Seeleichter
1913:	91,1 %	8,5 %	0,4 %
1920:	74,4 %	14,2 %	11,4 %
1921:	78,4 %	10,4 %	11,2 %
1922:	82,8 %	10,6 %	6,6 %

Die Seeleichter, die 1921 mit über einem Zehntel an der Gesamttonnage beteiligt waren, sind im letzten Jahre von den Dampfern um 4,6 Prozent zurückgedrängt worden.

Die Ausnutzung des Schiffsraums weist in der Einfuhr mit 73,5 Proz. einen kleinen Rückgang auf (1921: 74,2 Proz.), hat sich aber in der Ausfuhr etwas gebessert; der Anteil der beladenen Schiffe beträgt nämlich 66,9 Proz. gegen 64,1 Proz. im Jahre 1921. Die Dampfer waren einkommend zu 77,7 und ausgehend zu 67,1 Proz. beladen, die Segelschiffe zu 33,6 und 94,5 und die Seeleichter zu 87,1 und 20,8 Proz. Während also Dampfer und Seeleichter bei der Einfuhr stärker ausgenutzt waren, lag es bei den Segelschiffen gerade umgekehrt; sie kamen nur zu einem Drittel beladen an, gingen aber fast alle beladen wieder aus (94,5 Proz.).

Die sämtlichen angekommenen und abgegangenen Schiffe standen im Verkehr mit:

	Schiffe	%	Reg.-Tons	%
deutschen Küstenplätzen	874	19,6	145 486	16,6
dem Ausland	3582	80,4	733 002	83,4
insbesondere				
Finnland	464	10,4	152 277	17,3
Schweden	1311	29,4	283 248	32,2
Norwegen	166	3,7	57 386	6,5
Dänemark	1443	32,4	126 857	14,4
England	51	1,1	53 495	6,1

Der Verkehr mit dem Ausland hat der Schiffszahl wie deren Raumgehalt nach etwas zugenommen; auf ihn entfielen 80,4 bezw. 83,4 Proz. gegen 79 bezw. 78,5 Proz. im Vorjahre. Den größten Umfang wies wieder der Verkehr mit Schweden auf. Der Anzahl der Schiffe nach stand es zwar mit 29,4 Proz. nur an zweiter Stelle, ihr Raumgehalt war aber mit 32,2 Proz. über doppelt so groß als der der dänischen (14,4 Proz.). Der finnische Verkehr hat einen kleinen Rückgang von 20 Schiffen mit 4269 Reg.-Tons erfahren; dem Tonnengehalt nach nahm er wieder den zweiten Platz ein.

Unter deutscher Flagge fuhren 2392 Handelsschiffe oder 53,7 Proz. und unter fremder 2064 oder 46,3 Proz., hierunter 275 finnische (6,2 Proz.), 1214 schwedische (27,2 Proz.), 60 norwegische (1,3 Proz.), 385 dänische (8,6 Proz.) und 62 niederländische (1,4 Proz.). Während im Vorjahre noch beinahe zwei Drittel aller hier verkehrenden Schiffe die deutsche Flagge zeigten, ist ihr Anteil 1922 fast auf die Hälfte zurückgegangen. Das kam den schwedischen Schiffen zugute, deren Anteil sich mehr als verdoppelt hat.

Prämien zur Freimachung von Wohnungen. Wer sich entschließt, um eine Wohnung freizumachen, seinen Haushalt aufzugeben oder nach auswärts zu verziehen, ohne eine Tauschwohnung in Anspruch zu nehmen, kann vom Wohnungsamt eine Prämie erhalten, auch können ihm die Umzugskosten ganz oder teilweise erstattet werden. Voraussetzung ist, daß der Umzug nicht ohnehin erfolgt wäre, z. B. weil der Wohnungsinhaber nach auswärts versetzt ist. Insbesondere soll es durch die Einrichtung Kleinrentnern und anderen minderbemittelten Wohnungsinhabern ermöglicht werden, ihre Wohnungen zusammen zu legen um dadurch ihre Lebenshaltung zu verbilligen. Die Prämiensätze sind vom Senat neuerdings erhöht auf höchstens 40 000 für Zweizimmer-Wohnungen, auf höchstens 60 000 Mk. für 3-Zimmer-Wohnungen und auf höchstens 80 000 Mk. für größere Wohnungen. Der Antrag ist im Wohnungsamt, Untertrave 104, zu stellen.

Nachspiel einer Erwerbslosendemonstration. Vor einiger Zeit zog eine Anzahl Erwerbslose vor die Wohnung des Genossen Senator Bromme, wo sie allerhand ungezogene Redensarten geführt hatten, auch wurde Einlaß in die Wohnung begehrt. Die Staatsanwaltschaft, nicht Genosse Bromme, hatte im öffentlichen Interesse Anklage wegen Nötigung und Uebertretung der Bannmeile erhoben. Am Mittwoch beschäftigte sich das Schöffengericht mit dem Vorfall. 5 Teilnehmer der Demonstration waren angeklagt. An dem betr. Tage war Genosse Bromme nicht zu Hause, wohl aber dessen Frau und Sohn. Da Frau Bromme vor Gericht aussagte, sie hätte den Leuten den Zutritt ins Haus freiwillig gestattet, so erfolgte Freispruch von der Anklage der Nötigung. Dagegen wurden 4 Angeklagte — der 5. war überhaupt nicht beteiligt — wegen Uebertretung der Bannmeile zu je 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Kommunisten behaupten, die Bannmeile würde von der Reichswehr und den faszistischen Jugendverbänden öfters betreten. Dazu ist zu bemerken, daß die Erlaubnis zum Betreten der Bannmeile nicht der Polizeiherr, sondern der Wortführer der Bürgerschaft auf Antrag der Polizei im Einverständnis mit dem Gesamtsenat erteilt. Diese Erlaubnis wurde wiederholt erteilt, so bei der Maifeier und dem Gewerkschaftsfest, auch den Kommunisten und anderen Organisationen gegenüber. Die Reichswehr genießt diese Vergünstigung ohne weiteres. Auf eine Beschwerde beim Reichswehrminister erklärte dieser, daß für die Reichswehr in allen Städten kein Bannmeilenverbot in Frage komme.

Gedächtnisfeier im Lehrerseminar. Man schreibt uns: Der großen Zahl von Schulen, Vereinigungen usw., die ihrer Dankbarkeit gegen ihre im Weltkriege gefallenen Angehörigen einen sichtbaren und bleibenden Ausdruck verschaffen, wird sich nunmehr auch das Lehrerseminar anreihen. Am Sonntag, ½12 Uhr soll nach einer Gedächtnisfeier in der Seminaraula die Einweihung der beiden im Treppenhaus des Seminargebäudes angebrachten Ehrentafeln erfolgen, auf denen die Namen der 94 ehemaligen Schüler des Lehrerseminars verewigt sind, die in treuer Pflichterfüllung ihr Leben für unser Vaterland opferten. Der Entwurf der Tafeln stammt von Oberbaurat Virck, ihre Ausführung bewirkten Tischlermeister Weiß und Malermeister Bohl. Die Mittel für die Errichtung der Tafeln hat die Seminargemeinde schon seit dem Ende des Weltkrieges zusammengespart.

Unglücksfall. Die hier leider in weiten Kreisen verbreitete, leidige Unsitte, Säuglingen einen leeren oder mit Zucker gefüllten und mit einem Korken verschlossenen Gummilutscher (Schnuller) zur Beruhigung in den Mund zu stecken, hat gestern abend zu einem bedauerlichen Todesfall geführt. Einem in der Engelsgrube wohnenden Kinde war ein solcher Lutscher so weit in den Hals gerutscht, daß er sich darin vollkommen festkeilte. Trotzdem das Kind sofort zum Arzt gebracht wurde und es diesem mit Mühe gelang, den Fremdkörper schnell aus dem Halse zu entfernen, war das Kind inzwischen schon erstickt, so daß alle Wiederbelebungsversuche erfolglos blieben. Es kann daher gar nicht dringend genug davor gewarnt werden, den Kindern diese nutzlosen und auch aus anderen Gründen ungesunden und gefährlichen Lutscher zu geben.

Polizeibericht. Bei dem Versuche, hier zwei große, abgestochene Zuchtgänse zu verkaufen, wurden ein Schlosser aus Reinfeld und ein Arbeiter aus Niendorf bei Mölln ertappt. Auf der Kriminalpolizei gaben sie zu, die Gänse von einem Gute in Schwarzenhof i. Holstein gestohlen zu haben. — Festgenommen wurde ein Gärtnergehilfe aus Hellbrook bei Hamburg, der einem anderen Gärtnergehilfen, mit dem er zusammen in Travemünde beschäftigt gewesen war, einen goldenen Damenring im Werte von 53 000 Mark gestohlen hatte. — Aus einem Verkaufsladen der Kottwitzstraße wurden 20 Pfund Margarine und 36 Tafeln Schokolade gestohlen. — Aus einem Vorratskeller in der Holstenstraße wurden mittels Einbruches 50 Liter Rum, einige Liter Weinbrandkognac, 10 Flaschen Sekt, 10 bis 15 Flaschen weißer Bordeaux und 10 Flaschen Schwedenpunsch gestohlen. — Aus einem Hause in der Viktoriastraße wurden eine goldene Damenuhr mit goldener Kette, eine silberne Herrenuhr, zwei Broschen, sowie eine silberne Medaille gestohlen. — Dem Steuermann eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers ist aus seiner Kabine eine goldene Doppeldeckeltaschenuhr mit goldener Kette gestohlen worden.

*

r. **Vorwerk.** Der Sozialdemokratische Verein hielt am Mittwoch eine Mitgliederversammlung ab. Genosse H. Wolfradt referierte über die politische und wirtschaftliche Lage. Behandelte besonders die Besetzung des Ruhrgebietes und die bisherige Steuerpolitik. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen A. Richert, Köster, Möbert und Bäth. Alle Redner forderten festes Zusammenstehen der Parteigenossen um unseren Kampf siegreich bestehen zu können. Ganz besonders wurde hervorgehoben, daß heute kein Arbeiter den Lübecker Volksboten abbestellen dürfe, sondern alles tun müsse, um die Presse zu erhalten. — **Die Mitgliederversammlungen fangen in Zukunft pünktlich 7½ Uhr an.**

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Einzelne Hauptverbände teilen den Ortsgruppen ihrer Organisation mit, daß ab 1. März ds. Js. die Belieferung der Vorstände mit dem Korrespondenzblatt durch den Ortsausschuß aus postalischen Gründen erfolgen müsse. Wir bitten die Vorstände, soweit sie eine derartige Mitteilung von ihrem Hauptvorstand erhalten haben, oder auch sonst die Belieferung durch den Ortsausschuß vornehmen lassen wollen, bis zum 20. d. M. dem Sekretariat eine diesbezügliche Nachricht zukommen zu lassen. Die Anzahl der benötigten Exemplare darf nicht vergessen werden.

Der Vorstand des ADGB.

Magerkeit und welke Haut

möchten namentlich Frauen gern beseitigt sehen. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Avora-Kerne zu kaufen, die erprobte, völlig unschädliche Stoffe von ansatzfördernder Wirkung enthalten. Davon nehmen Sie 3mal täglich 2—4 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstr. 10. (12788

Sozialdemokratischer Verein. XI. Distrikt. Sonnabend, den 10. Februar, abends 7½ Uhr: Versammlung im Lokal Luisenlust. Vortrag des Gen. W. Bromme. (12801)

Stadttheater. In Vorbereitung befindet sich im Schauspiel: „Nathan der Weise" mit Geheimrat Max Grube als Gast. „Ein Geschlecht" von Fritz v. Unruh mit Thessa Wenk, „Medea", der zweite Teil aus der Trilogie „Das goldene Vließ". In der Oper: „Der Prophet von Meyerbeer, „Corregidor", „Wildschütz" von Lortzing, „Notre Dame" von Schmidt.

Hansa-Theater. Heute, Freitag, 7½ Uhr, zum ersten Male „Boccaccio", komische Operette in 3 Akten von Franz v. Suppé.

Ruhrhilfe der Gewerkschaften.

1. Quittung des Gewerkschaftssekretariats der Sammlung für die Ruhrhilfe.

Belegschaft Helios-Werk	2 000,—	Mk.
„ „ Krull, Mühlenstraße	3 100,—	„
„ „ Kaz & Klump	35 600,—	„
„ „ Konservenfabrik	17 345,—	„
„ „ Milenz, Moislinger Allee	4 300,—	„
„ „ Dampfmühle Brüggen	14 000,—	„
„ „ Thörenberg, Tabakfabrik	2 623,—	„
„ „ Drahtstiftfabrik	27 459,—	„
„ „ Flotow, Tabakfabrik	5 000,—	„
Angestellten des Versorgungsamtes	32 500,—	„
Von H.	10 000,—	„
„ M.	10 000,—	„
„ H.	10 000,—	„
„ L.	10 000,—	„
„ F.	10 000,—	„
„ B.	10 000,—	„
E. Reuscher, Tischler	530,—	„
Puls, Schlachthof	1 000,—	„
Arbeiter des Wegebaues Ruffe	2 000,—	„
Marien-Knabenschule	500,—	„
1. Rate vom Burab	84 100,—	„
	292 057,—	Mk.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Wer ist der Tote? Am 28. v. Mts. ist in der Nähe von Klein-Parin ein etwa 35jähriger Mann, von Beruf anscheinend kleiner Landwirt oder Arbeiter, erhängt aufgefunden worden. Ausweispapiere wurden nicht vorgefunden. Die Person ist etwa 1,70 groß, kräftig, hat sehr dünnes, graugemischtes Haar, blaugraue Augen, kleine Nase und ist bekleidet mit blauer Schirmmütze, graugrüner Joppe mit Gürtel, braun und weißer Weste, dunkler Hose mit Kniestücken, weiß und blauer Arbeitsschuhe und Schuhen mit Spangenverschluß. Die Person hat nur 8 Zähne; am mittleren Gelenk des rechten Mittelfingers befindet sich eine Verdickung. Personen, die über die Identität der Leiche Auskunft geben können, werden gebeten, sich mit der Gendarmeriestation Bad Schwartau in Verbindung zu setzen.

Aurich. 60 Millionen für einen Hengst. Bei der in diesen Tagen in Aurich abgehaltenen ostfriesischen Hengstkörung wurden hohe Preise für gute Vatertiere erzielt. Junge Hengste gingen bei der öffentlichen Versteigerung für 7 bis 12 Millionen durchschnittlich in andere Hände über. Im freien Handel wurden Preise bis zu 20 Millionen gezahlt. Erfolglos geboten wurde für einen jungen Hengst 35 Millionen. Für den besten Hengst Ostfrieslands, ein älteres Tier, sind erfolglos 60 Millionen geboten worden. Ein junger Hengst ging für hohen Preis ins Ausland, ein älterer nach dem Freistaat Danzig. — Gegen [illegible] ist mit Bestimmtheit nicht anzunehmen.

Gewerkschaften.

„Beamten-Gewerkschaft". Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gibt für seine Mitglieder, die als Beamte in Gemeinde- und Staatsbetrieben tätig sind, eine besondere Zeitschrift: „Beamten-Gewerkschaft" heraus, die die Interessen der Beamten vertreten will. Die Beamten gehören durch die Mitgliedschaft ihres Verbandes auch zum „Allgemeinen Deutschen Beamtenbund", über dessen Wirken die „Beamten-Gewerkschaft" gleichfalls berichten wird. Da die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung immer mehr an Einfluß gewinnt, ein Zusammenarbeiten mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern notwendig wurde, aber auch große Vorteile für Arbeiter und Beamte gezeitigt hat, wird dieses Bestreben des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter von den Beamten freudig begrüßt werden.

Kommunistische Rauferei.

Wir haben an der Hand der Ergebnisse des Kommunistischen Parteitages gezeigt, daß die KPD. vor der Entscheidung steht, sich zu einer radikalen oppositionellen Arbeiterpartei zu entwickeln oder in sinnlosen — weil mit realen Kräfteverhältnissen nicht vereinbaren — „Aktionen" ihre Energie zu verpuffen. Die „Rote Fahne" macht in einer Entgegnung darauf aufmerksam, daß, wenn „die KPD. an die Tagesnöte der Massen anknüpfe, wenn sie Sachwerterfassung und Arbeiterregierung fordere", dann sei das etwas ganz anderes als was die schlappe Sozialdemokratie tue. „Die KPD. weiß, daß nur die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats die Massen aus der Not der Gegenwart herausführen kann." Mit etwas kühner Selbstsicherheit betont die „Fahne", in der die „Realpolitiker" sich offenbar jetzt nach dem Parteitagssiege als Herren der Situation fühlen:

> „Die KPD. ist und bleibt die einzige Partei des Proletariats, die Realpolitik (!) treibt, weil und indem sie die proletarische Diktatur als unverrückbares Ziel ihres Tageskampfes aufstellt."

Das steht nun leider im Widerspruch zu den zahllosen Aeußerungen der rechten kommunistischen Führer selber, die in der Polemik gegen die Linke auf dem Parteitag gerade nachwiesen, daß die proletarische Diktatur eben vorläufig leider noch nicht das „Ziel des Tageskampfes" sei. Die auf dem Parteitag unterlegene Linke bestätigt das ausdrücklich in einem Artikel, den die „Rote Fahne" unter dem Druck der Berliner Organisation in ihrer heutigen Morgenausgabe veröffentlichen muß. In dieser Kundgebung der Opposition heißt es ganz ausdrücklich:

> „Es ist seit einiger Zeit zur Mode geworden, **die Diktatur des Proletariats und den offenen Bürgerkrieg als Angelegenheiten einer fernen Zukunft zu betrachten, während wir uns morgen und übermorgen nur mit „Uebergangsforderungen" zu beschäftigen haben.** Diese Trennung verschleiert das Gesicht der Partei."

Auch sonst wird am Leipziger Parteitag eine außerordentlich scharfe Kritik geübt. Er habe nicht den Erwartungen entsprochen, „eine klare politische Abgrenzung der Kommunistischen Partei und die Herausarbeitung einer festen Kampflinie" zu schaffen. Das Hauptreferat habe sich „in seinem Niveau nur durch einen Ueberfluß an unpolitischen Bemerkungen über „Intellektuelle" und „Scheinradikale" ausgezeichnet". In außerordentlich scharfer Kritik der Kommunistischen Partei heißt es dann weiter:

> „Es entwickelt sich die Auffassung, als seien wir eine Arbeiterpartei neben den anderen und nicht die Partei des Proletariats. Die Kommunistische Partei darf die reformistischen Illusionen der Arbeiter nicht fördern, sondern muß sie zerstören. Es genügt nicht, gegen die hohen Margarinepreise zu rufen: „Nieder mit den Margarinepreisen, nieder mit dem Brotwucher!" Die Partei muß die Einzelforderungen zu einem politischen Sammelziel zusammenfassen." (Den Kampf um die Diktatur, **was** gerade die Zentrale ablehnt. D. Red.)

Der Partei wird vorgeworfen, daß sie die Sozialdemokratie falsch einschätze, wenn sie es überhaupt für möglich halte, mit der Sozialdemokratie zusammmen Arbeiterpolitik zu machen. Als Hauptaufgabe sei die Sozialdemokratie nicht als Nachbarpartei zu behandeln, sondern sie „als Partei der Bourgeoisie zu entlarven" und die Arbeitermassen gegen die Führer aufzubringen. Die Kundgebung wehrt sich dann gegen den eventuellen Versuch, organisatorisch gegen die Minderheit vorzugehen. Sie nennt die Behauptung der „Sächsischen Arbeiterzeitung", „die Minderheit sei kein Flügel der Kommunistischen Partei, vielmehr eine Opposition gegen sie", ein **„verantwortungsloses Spiel mit der Einheit der Partei"**. Es seien nur noch einige opportunistische Spinnweben aus der Zeit der USP. und der KAG. übriggeblieben, von denen die Partei sich im Laufe der Aktionen politisch reinigen werde.

So sieht die Partei aus, die als einzige aus der Not der Zeit einen Ausweg zu weisen imstande ist. Ueberflüssig zu betonen, daß seit dem Parteitag jede Nummer der „Roten Fahne" mit Berichtigungen angefüllt ist. Alle berichtigen sie: Ruth Fischer, Maslow, Klara Zetkin, die Redaktion. Es gehört wirklich schon ein besonderes Studium dazu, um herauszufinden, was die Kommunisten nun eigentlich wollen.

Aus aller Welt.

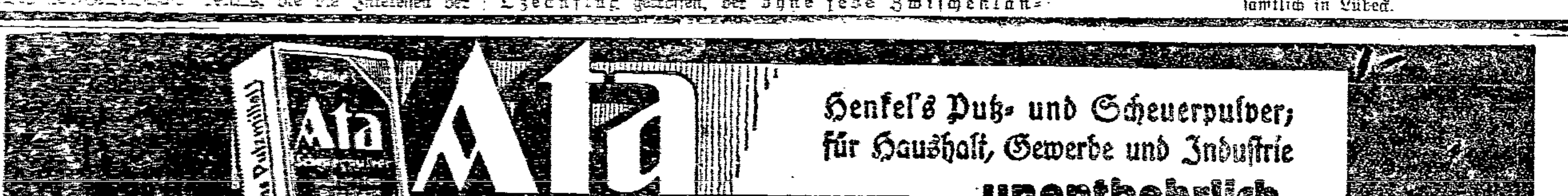
Geländeeinsturz am Davoser See. Mittwoch morgen stürzten am nördlichen Ende des Davoser Sees, dessen Wasserspiegel wegen der Ummandlung des Sees in ein Staubecken bereits um 12 Meter gesenkt worden ist, etwa 150 000 Kubikmeter Gelände mit einem darauf befindlichen Stall in den See. Infolge der gewaltigen Wellenbewegung barst die dicke Eisdecke des Sees im ganzen Umfange. Das am Südende des Sees auf der Wasseroberfläche liegende Pumpwerk sank in die Tiefe; ein Maschinist ertrank.

Berlin-Chikago im Luftkreuzer. In der großen Zeppelinwerft am Bodensee naht sich jetzt der für die amerikanische Rechnung erbaute Luftkreuzer seiner Vollendung. Das Luftschiff, das von den Vereinigten Staaten nicht auf Reparationskonto übernommen, sondern bar bezahlt wird, wird eines der modernsten und stärksten Luftfahrzeuge werden, das die Riesenhalle am Bodensee jemals verlassen hat. Die Zeppelin-Baugesellschaft hat sich die Erfahrungen, die sie an den in Frankreich nach ihrer Ablieferung zerschellten Passagierluftschiffen gesammelt, vereinigt, und so ist jetzt ein Luftschiff entstanden, das nicht für den Kriegsfall erbaut ist, sondern lediglich friedlichen Zwecken des Luftverkehrs dienen wird. Im Juni wird das amerikanische Luftschiff dann nach Berlin überführt. In Berlin werden auch die letzten Vorbereitungen für den Ozeanflug getroffen, der ohne jede Zwischenlandung durchgeführt werden wird. Die Abfahrt von Berlin ist aus dem Grunde gewählt worden, weil der Flugplatz in Staaken 400 Meter tiefer als der Bodensee liegt und weil aus diesem Grunde das Schiff hier 5 Proz. mehr Nutzlast tragen kann, als in dem höher gelegenen Friedrichshafen. Die Abfahrt von Berlin ist für Ende Juni vorgesehen. Die Amerikaner haben jedoch den Wunsch ausgesprochen, in direkter Linie von Berlin nach Chikago zu fliegen, wo die amerikaniche Regierung ein größeres Gelände für den Hallenbau und den Landeplatz angekauft hat. Der Flug dürfte von Berlin über Frankreich hinweg gehen, dessen Territorium überflogen werden darf, da das Luftschiff als amerikanisches Eigentum auch mit amerikanischer Flagge fliegen wird.

Verurteilung wegen Preistreiberei im Schuhhandel. Aus München wird gemeldet: In dem Prozeß gegen den Generaldirektor Simon Rosenberg der Romeo-Neptun-A.-G., der **wegen Zurückhaltung großer Schuhwarenbestände und Preistreiberei** vor einigen Monaten verhaftet wurde, verurteilte das Wuchergericht den Angeklagten wegen Vergehens der Warenzurückhaltung in Tateinheit mit dem Vergehen der Handelsbeschränkung zu 10 Monaten Gefängnis, auf die zwei Monate der Untersuchungshaft angerechnet werden, und zu einer Geldstrafe von zwei Millionen Mark. Der größte Teil der beschlagnahmten Waren wurde eingezogen. Rosenberg wurde der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs untersagt.

Todesurteil. Das Schwurgericht in Koblenz verurteilte den Tagelöhner Johann Maier aus Irsfeld wegen mehrfachen Mordes, begangen in den Jahren 1918—1919, viermal zum Tode und zu 15 Jahren Zuchthaus.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



12785

Fabrikpreis für die billigste Margarine ca. 6000 Mark pro Pfd.
wir verkaufen
weit unter Fabrikpreis
solange der Vorrat reicht!
Margarine billiger!
3300, 4000, 4200.
Palmin 5800 Mk.
Lübecker Margarine-Zentrale
A. Driesen.
[illegible]

In der Nr. 32 des „General-Anzeigers" beschäftigen sich die Inhaber von Bestattungsgeschäften mit der Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.
Die Satzungen des Vereins sind auf die gegenseitige Hilfe der Mitglieder aufgebaut, die sich zu einer **Notgemeinschaft** zusammengeschlossen haben.
Der Verein unterhält keine General-Direktoren und keine Agenten und hat die Verwaltung in zu entsprechender Weise eingerichtet, ohne die Mitglieder mit unnötigen Kosten zu belasten.
Der Vorstand wird den Mitgliedern Gelegenheit geben, zu den Ausführungen der Bestattungsgeschäfte Stellung zu nehmen in einer Versammlung, die zu **Donnerstag, den 15. Februar im Gewerkschaftshaus** einberufen wird.
Der Vorsitzende der Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.
(12790)

Torfverkauf
unterhalb **Perceval-Straße** aus Kahn, solange Vorrat reicht. (12767
Preise bis 17. Februar:
Backtorf 1200.— Mk. Grus 600.— Mk.
Frei Haus 200.— Mk. mehr per Zentner.
Herm. Westfehling, Engelsgrube 44 Fernspr. 884.

Die höchsten Preise für
FELLE
wie:
Hasen, Kanin, Ziegen, Rehe, Kalb, Fuchs, Marder, Iltisse, Katzen usw.
sowie für
Pferde-, Kuh- u. Krollhaare
erzielen Sie stets unter reeller Uebernahme bei
Gebr. Wagner, Dankwartsgr. 26, Holstenstr. 8.
Fernruf 3414. (12771
Frettierer erhalt. besonders hohe Preise.

Gemeinnützige Siedlungs-Genossenschaft e. G. m. b. H. zu Lübeck.
Anträge zu der am 13. Februar 1923 stattfindenden Generalversammlung:
Zu **Punkt 2** der Tagesordnung: Erhöhung des Gesamtbetrages der aufzunehmenden Anleihe.
Zu **Punkt 6** der Tagesordnung: Änderung des Statuts durch Einfügung 4 neuer Paragraphen 30, 31, 32 u. 33 zwecks Einführung eines Mitgliederrats und entsprechende Änderung in der Bezeichnung der dann folgend. Paragraphen.
12794) **Der Vorstand.**

Auf zum Großkampftag
Sonnabend, den 10. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus
Hamburger gegen **Lübecker**
Box-Meister im Ring. 12787

Für Arbeiter und Landleute!
Riesenauswahl!
Fast neues Fußzeug aller Art enorm billig.
200 Pfd. Abfall-Leder halbhandgroß u. größer **Pfd. 880 Mk.** (12798
200 Pfd. alte Treibriemenstücke aus stillgelegten Werken, solange Vorrat reicht, b.
Wilhelm Blunck
19 Harlengrube 19.

Gute Frauen-Haare
kauft (12775
100 Gr. bis 800 Mk.
Haarhandlung
Kostbahn,
Sandstraße 12,
von 9—12, 3—5 Uhr.

Visitenkarten
fertigt an die
Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.